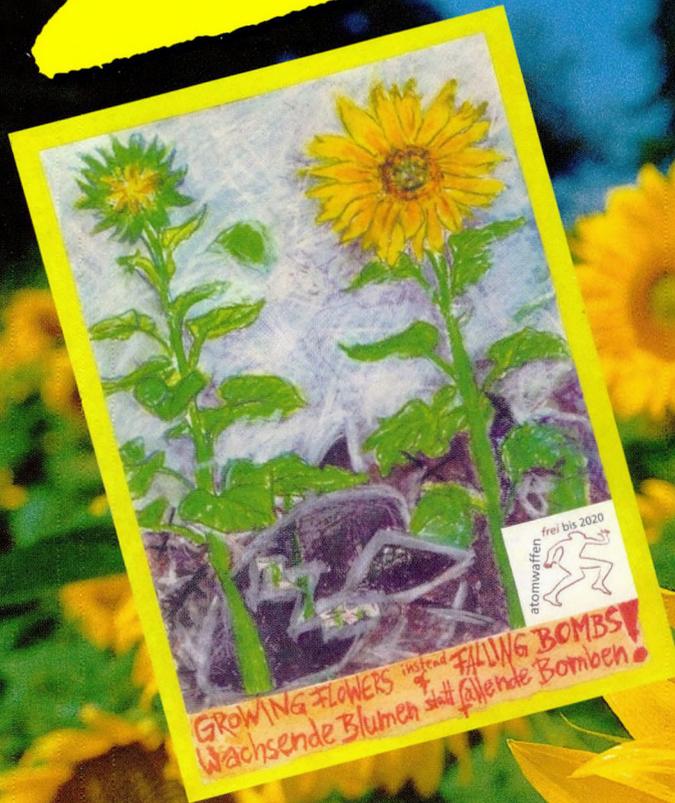


Zeitschrift für Frieden und Gewaltfreiheit
Ausgabe 3, 2005, 35. Jahrgang, Einzelheft 2,50 €

www.zivil.de

zivil



Dossier

Blumen statt Bomben!

60 Jahre nach Hiroshima fordert die Jugend der Welt:
Weg mit den Atomwaffen!

Blickpunkt

Private Kliniken und Pflegedienste:
Kasse machen mit
billigen Zivis?

3/05

LebensMittel Wasser



Foto: Jörg Böhling

Wer Wasser will, soll zahlen...

Es gibt internationale Bestrebungen, auch die Wassermärkte zu „liberalisieren“.

Wer die Ware Wasser nicht bezahlen kann, sitzt auf dem Trockenen.

Wie die Menschen vor den verschlossenen Rohren in diesem philippinischen Slum.

„Brot für die Welt“ und viele der Partner im Süden setzen sich dafür ein,
dass der Zugang zu sauberem Wasser als Menschenrecht durchgesetzt wird.

Bitte unterstützen auch Sie uns.

**Brot
für die Welt**
www.brot-fuer-die-welt.de

Postbank Köln
Konto 500 500-500
BLZ 370 100 50
Postfach 10 11 42
70010 Stuttgart

Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen / DZI



Als spendenwürdig
empfohlen



Stuttgart, den 5. 7. 2005

Liebe Leserin, lieber Leser,

rund 150 Atomsprengköpfe lagern in Deutschland, in Bunkern der Luftwaffenstandorte Ramstein und Büchel.

Deutschland ist keine Atommacht. Die Atomwaffen gehören den USA – und sind de facto doch in deutscher Hand: Routinemäßig werden sie gepflegt von Bundeswehrsoldaten. Und die Planungen für den „Ernstfall“ sehen vor, dass die Horrorwaffen zumindest zum Teil von speziell trainierten – deutschen – Tornado-Piloten auch ins Ziel geflogen werden.

„Nukleare Teilhabe“ heißt das Unwort, mit dem man der Öffentlichkeit diesen jahrzehntelangen Rechtsbruch verschleiert. Im Atomwaffensperrvertrag aus dem Jahr 1970, durch die Bundesrepublik 1975 ratifiziert, heißt es in Artikel II ausdrücklich: „Jeder Nichtkernwaffenstaat verpflichtet sich, Kernwaffen von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen“. Es ist demnach deutschen Soldaten verboten, mit atomaren Waffen zu hantieren. Aber weder die Politik noch die Gerichte in Deutschland stören sich an dieser Art Rechtsbruch.

„Was würde mit einem Bürger geschehen, wenn er sich weigern würde, gültige Gesetze einzuhalten?“, fragten Jugendliche aus aller Welt, die sich bei der New Yorker UN-Atomwaffenkonferenz im Mai für die konkrete Abrüstung der mindestens 30 000 Atomwaffen einsetzten.

Es ist die Bedrohung durch das nukleare Erbe und es ist dieses Messen mit zweierlei Maß, das den Jugendlichen spürbar zuwider war: „In der Schule haben wir gelernt, dass die Basis einer funktionierenden Gesellschaft die Einhaltung der Gesetze durch jeden Einzelnen ist. In Wirklichkeit sehen wir aber, wie die Mächtigen und Einflussreichen willkürlich das Völkerrecht brechen um ihre nationalen Interessen zu verfolgen“.

Auch gegen die verbreitete Doppelmoral – hier die „guten“ Atomwaffen, dort die „bösen“ – richtet sich der Protest der Jugendlichen in ihrer großartigen, zukunftsweisenden New Yorker Rede (siehe Seite 26).

Kleinlich und peinlich dagegen, was sich zeitgleich hier in Deutschland abspielte: Menschen, die vor den Atomkriegsgefahren warnen und die betroffenen Soldaten der Bundeswehr auf die Rechtslage aufmerksam machen, werden juristisch verfolgt und bestraft. In einem Flugblatt hatten zwei Mitglieder der Friedensbewegung die Soldaten der Bundeswehr in Büchel aufgefordert, Übungen mit Atomwaffen zu verweigern und entsprechende Befehle nicht zu befolgen. Darin erkannte ein Staatsanwalt in Koblenz Gefahr für den Rechtsstaat und sorgte dafür, dass die Atomkriegsgegner vor Gericht gestellt wurden. Wegen „Aufruf zu einer strafbaren Handlung“ (Befehlsverweigerung) wurden die beiden Flugblattverteiler zu Geld- und Haftstrafen verurteilt. Erst in der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Koblenz wurden die Angeklagten freigesprochen. Die Richterin erkannte in der Position der Atomwaffengegner „eine ernsthafte und diskussionswürdige Meinung“. Der Staatsanwalt allerdings legte gegen den Freispruch Rechtsmittel ein und ordnete obendrein gegen die aufmüpfigen Kriegsgegner Hausdurchsuchung und Beschlagnahme der Flugblätter an. Letztere Maßnahmen wurden inzwischen vom Landgericht Heidelberg als rechtswidrig aufgehoben, die Revision gegen den Freispruch läuft aber noch.

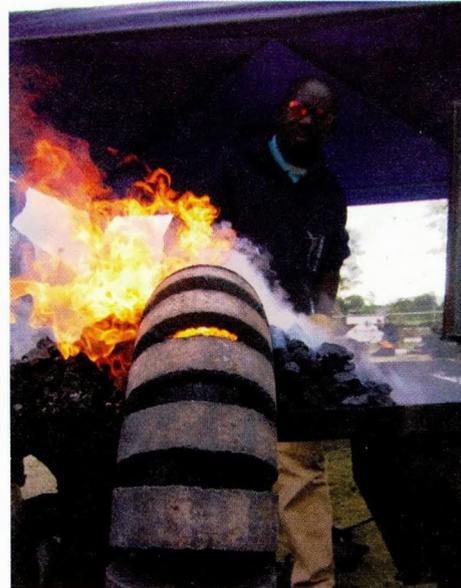
Damit also beschäftigen sich Gerichte. Und in Flugblättern sehen Staatsanwälte die Gefahr. Welche Gefahren Jugendliche aus aller Welt in der atomaren Rüstung für ihre Zukunft erkennen, lesen Sie im zivil-Dossier ab Seite 19.

Herzlich, Ihr
Werner Schulz

Briefe	4
Impressum	4
News	5
KDV international	8
Buch	12
Film	13

Aktion

Schmieden für den Frieden	14
---------------------------------	----



Blickpunkt

„Kasse machen mit billigen Zivis?“	16
--	----

Dossier

Weg mit den Atomwaffen!	19
„Wir wollen dieses Erbe nicht!“ – Jugendliche berichten von der Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages	20
„Jetzt mit der Vernichtung aller Atom-waffen beginnen!“ – Die Jugendrede vor der UN-Konferenz	26
„Mini-Nukes“	28

Unterwegs

Eine Werkwoche in Rumänien	29
----------------------------------	----

Preisrätsel	32
Wer war's?	33
zivil-Shop	34
Berufe	35
Gedanken	38

Galerie

Nir Hod: „Verlorene Jugend“	39
-----------------------------------	----

Titelfoto: OKAPIA

Das Papier für zivil wurde aus 100% Altpapier hergestellt und enthält keine optischen Aufheller

**Betr.: zivil 2/05,
„KDV international“, Verhaftung
eines Kriegsdienstverweigerers in
Nagorni Karabach**

Die Provinz Nagorni Karabach gehört zwar völkerrechtlich zu Aserbaidschan, wie Sie das im Bericht angeben, wird aber fast ausschließlich von Armeniern bewohnt und verwaltet. Die Provinz fühlt sich Armenien zugehörig; das wird international aber nicht anerkannt. Kurzum, nicht aserbaidchanische Behörden haben den Kriegsdienstverweigerer verhaftet, sondern armenische Stellen. Anders geht das nicht. Darüber hinaus möchte ich – auch ehemaliger Zivi – diese Gelegenheit nutzen und auf „Laenderkontakte.de – Verzeichnis der deutsch-internationalen Beziehungen“ hinweisen. Es handelt sich um das umfangreichste Nachschlagewerk dieser Art. Bitte einmal auf www.laenderkontakte.de klicken und sich selbst überzeugen. Jeder, der hinter den Horizont schaut, an internationaler Verständigung, Versöhnungsarbeit, Friedensarbeit usw. interessiert ist, dürfte an diesem Verzeichnis interessiert sein.

Burkhard Herbote

**Betr. zivil:
Anregungen, Kritik, Lob...**

Danke für die Zusammenfassung der Hinweise: Worauf der Zivi beim Abschied achten muss.
Sebastian Heese, Everswinkel

Super, dass es Eure Zeitschrift gibt. Die Rätsel-ecke könnt Ihr gerne noch ausbauen! Ansonsten: großes Lob!!!
Lorenz Gerteis, Schopfheim

Schön, dass das Kreuzworträtsel nicht allzu einfach ist (die Frage nach der prominenten Person ist m.E. fast zu leicht).
Joachim Weidt, Freiburg

Erstmal herzlichen Dank für die beiden Rätsel, es kommt ja heutzutage leider nicht mehr oft vor, dass man noch seinen Kopf anstrengen muss, um etwas zu gewinnen. Weiterhin viel Erfolg für euer Magazin!
Matthias Hennig, Elsterwerda



Anzeigen

Sackgasse oder Ausweg?

Machen Sie jetzt den Anfang! Schreiben Sie, was Sie bedrückt. Wir gehen auf Ihre Fragen und Probleme ein: vertraulich, kompetent und so, wie Sie es von Freunden erwarten würden.

Evangelische Briefseelsorge
Postfach 101142
70010 Stuttgart



Heute schon den Frieden unterstützt?

Wie? Spenden!
Wie? Mitglied werden!

Internationaler
Versöhnungsbund e.V.



Seit 1914 gewaltfrei aktiv gegen Unrecht und Krieg

Kostenloses Informationspaket:
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
Tel: 0571850875, versoehnungsbund@t-online.de
Spenden abzugsfähig: Sparkasse Minden-Lübbecke
BLZ 490 501 01, Konto 400 906 72

Gesundheit ist ein Menschenrecht

Deshalb hilft **ÄRZTE OHNE GRENZEN** in mehr als 80 Ländern Menschen in Not – ungeachtet ihrer Hautfarbe, Religion oder politischen Überzeugung.

Helfen Sie mit!



Bitte schicken Sie mir unverbindlich

allgemeine Informationen über **ÄRZTE OHNE GRENZEN**

Informationen für einen Projekteinsatz

Informationen zur Fördermitgliedschaft

die Broschüre „Ein Vermächtnis für das Leben“

Name _____

Anschrift _____

E-mail _____

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de
Spendenkonto 97 0 97
Sparkasse Bonn • BLZ 380 500 00

11104303

Impressum

zivil ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Freiabonnement.

Herausgeber:
Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK), Wachmannstraße 65, 28209 Bremen
www.eak-online.de

Redaktion:
Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat:
Günter Knebel, Bremen; Hans Seydel, Frankfurt; Dr. Volker Teichert, Heidelberg; Harald Wagner, Göppingen

Redaktionsanschrift:
Redaktion zivil, Werner Schulz, Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart, Telefon 0711/636 82 14, Fax 0711/636 90 09, E-Mail: redaktion.zivil@t-online.de
www.zivil.de

Vertrieb:
EAK – Vertrieb zivil, Wachmannstraße 65, 28209 Bremen, Telefon 0421/34 40 37, Fax 0421/349 19 61

Anzeigen Berufsperspektiven:
Rodmann & Partner
Kommunikation und Media-Service, Woldsenweg 14, 20249 Hamburg, Telefon 040/48 75 76, Fax 040/480 44 12, Mobil 0171/5212328,
E-Mail: rodman-partner.rococo@t-online.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6 vom 1. 1. 2005

Gestaltung:
W. Hildenbrand, Waiblingen
E-Mail: info@output-werbung.de

Druck und Verarbeitung:
Schnitzer Druck, Fritz-Klett-Straße 61-63, 71404 Korb
zivil wird gedruckt auf Papier aus 100% Altpapier ohne optische Aufheller.
Das Jahresabonnement (5 Hefte) kostet 11,50 € einschließlich Versand. Das Abo gilt für den Rest des laufenden Jahrgangs und für den darauf folgenden Jahrgang. Das Abonnement ist gegen Rechnung im Voraus zahlbar und dann jeweils zum Jahresende kündbar. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse.
Die Mitarbeit interessierter Leserinnen und Leser durch Artikel, Leserbriefe, Fotos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Die Besprechung unverlangt eingesandter Bücher und CDs kann nicht garantiert werden.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten davon dürfen Kopien für den persönlichen Gebrauch hergestellt werden.
ISSN 1430-5968
zivil ist Mitglied im „Evangelischen Medienverband in Deutschland“

International

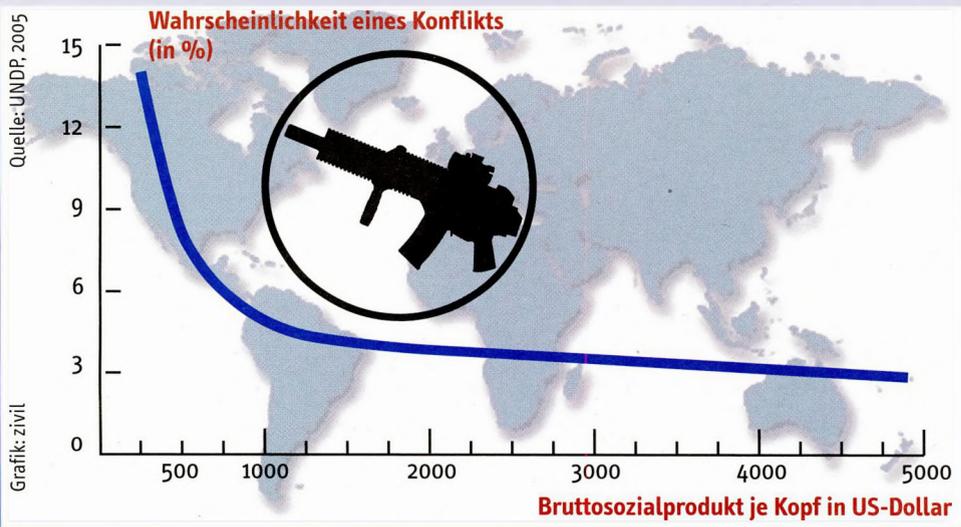
Armut schafft Krieg – und umgekehrt

Internationale Untersuchungen belegen: je ärmer ein Land, umso größer die Gefahr eines Bürgerkrieges. Je höher das Nationaleinkommen, je unwahrscheinlicher wird ein Krieg.

Statistischen Berechnungen zeigen: Bricht das Wirtschaftswachstum um 5 % ein, so steigt die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts um 50 %. Verdoppelt sich das Bruttozsozialprodukt von 250 US-Dollar pro Kopf

auf 500 US-Dollar, so halbiert sich die Gefahr, dass es in den folgenden 5 Jahren zum Bürgerkrieg kommt. Offen ist die Gewichtung von Ursache und Wirkung: Führt Armut häufiger zum Krieg, oder sind Kriege häufiger die Ursachen für Armut? In der Regel sind beide Bewegungen wirksam. Als Schlussfolgerung gilt: Die Bekämpfung der Armut ist effektive Kriegsprävention.

Auf diesen Zusammenhang verwies auch Bundespräsident Horst Köhler bei der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz vor Vertretern der Politik und des Militärs: „Ohne weltweite Armutsbekämpfung wird es für uns langfristig keine Sicherheit geben können und auch keine politische Stabilität. Und deshalb ist Entwicklungspolitik die beste Konfliktprävention! Deshalb sollte es uns auch alle nachdenklich machen, dass die weltweiten Militärausgaben mehr als das Zehnfache der Entwicklungsleistungen der OECD-Länder ausmachen!“



EU soll Friedensmacht sein

Scharfe Kritik am gegenwärtigen Kurs der militärischen Sicherheitspolitik innerhalb der Europäischen Union und am vorgelegten Verfassungsentwurf äußerten Wissenschaftler aus Kassel und Marburg, die sich zur „AG Friedensforschung“ zusammengeschlossen haben. Anstatt den militärischen Strategien der USA nachzueifern, sollte die EU „einen Beitrag zur Zivilisierung der internationalen Politik leisten“ und sich als Friedensmacht verstehen. Die Wissenschaftler legten 60 Thesen gegen die europäische Aufrüstung und Militarisierung vor und forderten, die Ursachen der Konflikte zur bekämpfen anstatt nach US-Vorbild die Symptome militärisch zu bekriegen.

Die 60 Thesen sind als pdf erhältlich:
www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Europa/60-thesen.html

„Waffen-Amnesty“ in Südafrika



Die erste sechsmonatige „Waffen-Amnesty“ in Südafrika werteten Polizei und UN-Behörden als vollen Erfolg: Zwischen dem 1. Januar und 30. Juni konnten illegale Waffen straffrei der Polizei übergeben werden. Insgesamt 25.418 illegale Feuerwaffen wurden auf diese Weise

eingesammelt, kriminologisch untersucht und anschließend verschrottet. „Auch wenn wir nur eine illegale Waffe eingesammelt hätten, wäre das schon ein Erfolg gewesen, denn diese Schusswaffe wird nie wieder in Umlauf sein“, sagte der Polizeidirektor Phuthi Setati. In Südafrika sind nach offiziellen Angaben Schusswaffen die mit Abstand häufigste Ursache für gewaltsame Todesfälle.

Deutschland

Internet-Portal für Kinder zum Thema Krieg und Frieden

Warum gibt es Krieg? Was kann ich für den Frieden tun? Kinder stellen diese und andere Fragen nicht nur ihren Eltern, sondern sie wenden sich immer häufiger per Mausclick ans Internet. Dort suchen sie oft vergeblich nach einer fachlich fundierten und gleichzeitig kindgerechten Anlaufstelle. Das neue Online-Portal www.frieden-fragen.de des Instituts für Friedenspädagogik Tübingen e.V. schließt diese Lücke. Das Internet-Angebot greift das Bedürfnis der Kinder nach Informationen auf, ermutigt zum Formulieren eigener Fragen, bietet ein Forum zum Meinungs-austausch und öffnet mit Unterstützung von Kinderreportern in anderen Weltregionen den Blick über die Grenzen. Ein „Lexikon“, in dem man Begriffe von Atomkrieg bis Zivilcourage schnell nachschlagen kann, runden das Angebot ab.

„Rüstungshaushalt senken!“

Die Senkung des Rüstungshaushaltes zugunsten sozialer Projekte wurde in einer Resolu-

tion während des Evangelischen Kirchentages in Hannover gefordert. In dem Resolutionstext, der sich an die Abgeordneten des Bundestages richtet und von 3.391 Personen unterzeichnet worden war, heißt es: „Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Setzen Sie sich dafür ein, dass der Rüstungshaushalt um mindestens fünf Prozent pro Jahr gesenkt wird. Das eingesparte Geld soll für soziale Leistungen, eine nachhaltige Energiepolitik und Entwicklungshilfe eingesetzt werden.“

„Mach nicht halt, lauf gegen Gewalt“



Unter Rekordbeteiligung fand Mitte Juni der diesjährige Nordseelauf statt. Unter dem Motto „Mach nicht halt – lauf gegen Gewalt“ gingen 332 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Start, als Läufer, Walker oder Nordic-Walker. Immerhin 202 Aktive nahmen an der gesamten, achtstägigen Laufaktion teil.

Mitmachen

„Wir haben den Hunger satt“

Ein europäischer Wettbewerb rund um das Thema: „Wir haben den Hunger satt“ lädt ein, mit Exponaten, Videos, Texten, Bildern oder anderen Ideen eine Ausstellung zu gestalten, die in Österreich, Deutschland und Ungarn auf Reisen gehen soll. Mitmachen können alle ab 9 Jahren. Die Preise werden für drei Gruppen ausgewählt: Kinder von 9 bis 13 Jahren, Jugendliche bis 19 Jahren und Erwachsene. Einsendeschluss ist der 31. 10. 2006.

Infos unter www.welthungerhilfe.de

Aktion Volltreffer

Auf die Situation von weltweit rund 300.000 Kindersoldaten wollen evangelische und katholische Hilfswerke mit einer gemeinsamen Kampagne aufmerksam machen. Unter dem Motto „Auf Tore schießen statt auf Menschen“ eröffneten Adveniat, missio und das Missionswerk der Ev.-Luth. Kirche in Bayern die „Aktion Volltreffer“. Bis zur Fußballweltmeisterschaft 2006 sind in sieben europäischen Ländern Benefizveranstaltungen und Aktionen geplant.

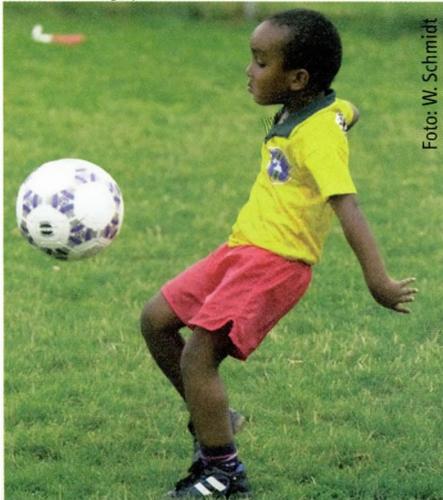


Foto: W. Schmitt

In Deutschland wollen die Hilfswerke mit einer Unterschriftenaktion an die Bundesregierung appellieren, sich stärker für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention einzusetzen. Außerdem soll die Regierung mehr Geld für Prävention und für die Wiedereingliederung von Kindersoldaten bereitstellen. Die bei der „Aktion Volltreffer“ gesammelten Spenden sollen Hilfsprojekten in Asien, Afrika und Lateinamerika zugute kommen.

Infos unter: www.volltreffer.de

Petition gegen Krieg im Iran

Unter der Überschrift „Verhindern Sie eine mögliche atomare Katastrophe! Sagen Sie Nein zu einem Krieg gegen den Iran!“ hat der Veröhnungsbund eine Petition mit Unterschriften

ensammlung gestartet, die sich an die Abgeordneten des Bundestages und des Europäischen Parlaments richtet. Die Abgeordneten werden aufgefordert, alles in ihrer Macht stehende zu tun „damit die am Konflikt beteiligten Parteien aus einer ‚Logik des Krieges‘ heraustreten. Ein Krieg gegen den Iran wäre ein Krieg gegen den Willen der meisten Menschen in der Welt und gegen den Willen der Völker Europas.“

Unterschriftenlisten können angefordert werden unter Telefon (08161) 5470-15, Fax -16, c.ronnefeldt@t-online.de

Wettbewerb „Kriegskinder“

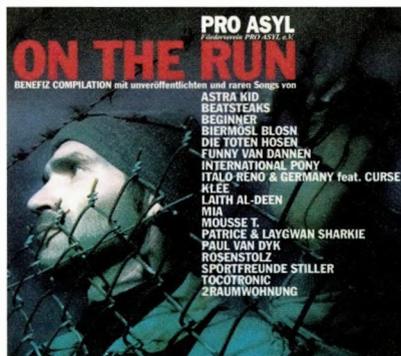
Einen Wettbewerb für Kinder und Jugendliche schreibt das „Anne Frank Zentrum“ in Berlin anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes aus. Zum Thema „Kriegskinder“ sollen Zeitzeugnisse aus den Jahren 1939 bis 1945 gesammelt oder auch die Geschichten heutiger Kriegskinder thematisiert werden. Einzuzureichen sind Texte (Reportagen, Interviews...), Videofilme, Audiomitschnitte, Powerpoint-Präsentationen, Plakate oder Zeichnungen. Mitmachen können alle von 12 bis 18 Jahren. Einsendeschluss ist der 31. 12. 2005.

Weitere Infos: www.annefrank.de

Music

„On the run“

Zugunsten der Flüchtlings-Hilfsorganisation „Pro Asyl“ haben deutsche Musiker unter der Regie der Toten Hosen einen Benefizsammler zusammengestellt, der sich hören lassen kann.



Die Bandbreite der Stilrichtungen ist erfrischend: Rosenstolz, Sportfreunde Stiller, Biermösel Blosn, 2Raumwohnung... und viele mehr, sie alle unterstützen die Arbeit der 1986 gegründeten Organisation „Pro Asyl“. Campino von den Toten Hosen: „Asylrecht ist ein Menschenrecht wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit, auf Nahrung und Meinungsfreiheit. Menschen, die auf der Flucht vor Verfolgung und Gewalt sind, haben immer und ausnahmslos Solidarität und Hilfe verdient.“ Der Reinerlös der CD, für die fast alle der 18 Titel speziell komponiert wurden, kommt „Pro Asyl“ zugute, die Musiker verzichteten auf ein Honorar. www.proasyl.de

Good News

Weniger Straftaten in Deutschland

Die Zahl schwerer Straftaten hat in Deutschland in den vergangenen zwölf Jahren deutlich abgenommen. Gab es etwa im Jahr 1993 laut Polizeistatistik 666 Morde, waren es 2004 noch 352 Fälle. Der Autodiebstahl hat um fast 75 % abgenommen, der Bankraub um 50 %, Wohnungseinbrüche um 45 %. Diese Zahlen legte der Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Christian Pfeiffer, vor.

Der Wissenschaftler beklagte, dass dieser Rückgang der Verbrechen in den Medien nicht entsprechend dargestellt werde. Während etwa die Zahl der Sexualmorde seit 1993 von 32 auf 18 Fälle im Jahr 2004 abgenommen habe, führe die breite Berichterstattung über solche Verbrechen dazu, dass laut Umfragen die Bevölkerung glaube, die Zahl solcher Morde sei um das 3,6-fache gestiegen.

Auch der Rückgang der Kriminalität von Ausländern werde nicht ausreichend in den Medien dargestellt. Der Anteil ausländischer Tatverdächtiger ging von 27 % im Jahr 1993 auf 19 % im Jahr 2004 zurück. „Ärgerlich ist, dass die Öffentlichkeit über diese Zusammenhänge wenig erfährt“, so Kriminologe Pfeiffer. Stattdessen seien die Menschen einer „wachsenden Dramatisierung des Bösen“ ausgesetzt und verlangten deshalb nach immer härteren Strafen.

Schuldenerlass für Entwicklungsländer

Weltweite positive Resonanz löste die Entscheidung der Finanzminister der G8-Staaten im vergangene Juni aus, den ärmsten Ländern der Erde die Schulden zu erlassen. Begünstigt werden sollen insgesamt 37 Länder mit einem Gesamtvolumen erlassener Schulden von 55 Milliarden US-Dollar. Internationale Nicht-Regierungsorganisationen werteten den Beschluss als Resultat des massiven Drucks aus der Zivilgesellschaft. Diesem ersten Schritt müssten allerdings dringend weitere Entschuldungen armer Staaten folgen.

Friedenspreise

Aachener Friedenspreis

Die Münchner Schauspielerinnen Hanne Hiob (82) und der US-Bürgerrechtler Roy Bourgeois erhalten den diesjährigen Aachener Friedenspreis. Die Tochter von Bertold Brecht, Hanne Hiob, wird für ihr Lebenswerk geehrt, das seit mehr als 40 Jahren dem Kampf gegen Rassismus und Krieg gilt. Der katholische Theologe Bourgeois wurde für seinen Einsatz für Frieden und Menschenrechte ausgezeichnet. Unter anderem kämpft er gegen die Menschenrechtsverletzungen in der US-Army und gründete eine Organisation, die die Aktivitäten von Militärschulen beobachtet.

Stuttgarter Friedenspreis

Die italienische Journalistin Giuliana Sgrena erhält den diesjährigen Stuttgarter Friedenspreis für ihre mutigen Reportagen über den Irak-Krieg. Die Journalistin war bei ihren Recherchen in Bagdad entführt worden. Nach



Foto: AnStifter

ihrer Freilassung wurde ihr Fahrzeug von US-Militärs beschossen, wobei der sie begleitende italienische Offizier Nicola Calipari, der sie mit seinem Körper schützte, starb. Giuliana Sgrena wurde geehrt, weil sie „mit distanzierter Analyse, kühlem Bericht und mitfühlender Reportage über die zweite Seite von Kriegen und Krisen berichtet und den Kriegsparteien niemals traut“, hieß es in der Entscheidung. Der Preis ist mit 5000 Euro dotiert.

Termine

5. und 6. August, Ramstein/Pfalz: „Friedenscamp“

Im Gedenken an den Atombombenabwurf über Hiroshima vor 60 Jahren veranstalten die Friedensinitiative Westpfalz und das Pfarramt für Friedensdienste in Speyer ein zweitägiges Friedenscamp. Unter anderem wird es eine Live-Schaltung via Satellit geben zu den Gedenkfeierlichkeiten in Hiroshima.
Kontakt: Friedensinitiative Westpfalz, Detlev Besier, Vorderer Fröhnstraße 7, 66849 Landstuhl

14. bis 21. August, Iserlohn: Gitarren-Symposium

Das 14. Gitarren-Symposium in der Evangelischen Akademie Iserlohn bietet unter anderem 15 Konzerte, mehr als 600 Einzel-, Duo- und Ensemble-Stunden, 4 Vorträge, 2 Ensemble-Stücke, sowie Ausstellungen von mehr als 25 Gitarrenbauern aus 12 Ländern, Notenausstellungen, Video-Vorführungen und Video-Analyse, Chor und Gitarrenorchester und vieles mehr.
Eine Online-Anmeldung ist hier möglich: www.guitarsymposium.de

Zwischen 26. August und 27. November, Bonn/Köln: „Reich werden durch gewaltfreie Konfliktbearbeitung“

Eine Grundlagen-Fortbildung (in drei Teilen) für junge Menschen zwischen 16 und 25, die in einem Verein oder einer AG aktiv sind und lernen wollen, wie Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Kosten: 45 Euro (!) inklusive Unterkunft und Verpflegung.
Kontakt: Bund für Soziale Verteidigung, Telefon (0571)29456

August 2005 bis September 2006, Iserlohn: „Mediation – Konflikte kompetent lösen“

Eine Langzeitfortbildung, die Mediation als ein Konzept der Konfliktlösung vermittelt. Sie umfasst sechs Wochenendtermine mit insgesamt 200 Unterrichtsstunden und schließt mit einem Zertifikat ab. Vorbereitungstermin: 20.-21. August.
Kontakt: Uwe Trittman, Evang. Akademie Iserlohn, Telefon (02371)352-183, E-Mail: u.trittmann@kircheundgesellschaft.de

27. September, Mainz: „Eine Welt ohne Atomwaffen – Vision und Aufgabe“

Ein Studientag der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, EAK, unter anderem mit einem Vortrag von Major Florian Pfaff: „Erfahrungen eines Soldaten, der seinem Gewissen gefolgt ist“.
Kontakt: EAK Bundesgeschäftsstelle, Wachmannstraße 65, 28209 Bremen, Telefon (0421) 34 40 37, Fax (0421) 349 19 61

10. September, Wolfsburg: „Mut statt Wut – Kultur gegen Gewalt“

Unter anderem findet eine Fahrradsponsoren-Ralley für Straßenkinder statt.
Info: Telefon (05363)81 24 53

28. bis 30. Oktober, Bad Boll: „Angstmacher Medien?“

Eine Tagung über „Gewalt in den Medien“, „schlechte Nachrichten“ und die „Angstlust“ der Leser und Zuschauer.
Kontakt: Evang. Akademie Bad Boll, Telefon (07164)792 69, www.ev-akademie-boll.de

Noch bis 28. August 2005, Berlin: „1945 – Der Krieg und seine Folgen“

Eine Ausstellung im Deutschen Historischen Museum, in deren Mittelpunkt die unterschiedliche Erinnerungskultur über das Kriegsende in Ost und West steht. Die Dokumentation spannt mit ihren ca. 500 Exponaten einen Bogen von der NS-Zeit und ihren Ursachen bis zu den aktuellen Debatten der Gegenwart um Flucht und Vertreibung, Zerstörung deutscher Städte und die Renaissance des Rechtsextremismus.
Geöffnet täglich von 10 bis 18 Uhr.

Zahlen

28 % - Quote der Deutschen ab 16 Jahren, die nach eigenen Angaben ein Ehrenamt innehaben oder privat in Gruppen und Organisationen aktiv sind. Darunter 11 % in sozialen Einrichtungen, 8 % in Sportvereinen, 6 % in Kirchen, 4 % in der Politik, 3 % im Umweltschutz.

23 % - Anteil der Veteranen aus der US-Army an der Zahl der Obdachlosen in den USA. Der Anteil der Veteranen an der Gesamtbevölkerung beträgt dagegen nur 9 %.

88 % - Rate der jungen Menschen zwischen 12 und 25 Jahren, für die „toll aussehen“ der wichtigste Wert darstellt. „Sich politisch engagieren“ finden nur 25 % wichtig. Die Zahlen ergeben sich aus einer Studie des Internationalen Zentralinstituts für Jugend- und Bildungsfernsehen in München.

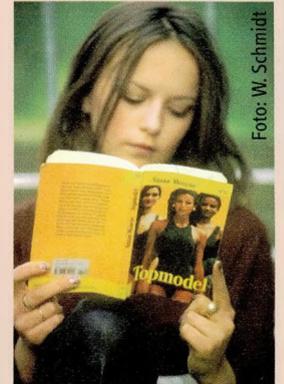


Foto: W. Schmidt

47 % - Anteil des US-Militärbudgets an den weltweiten Rüstungsausgaben. Für das Jahr 2004 hat das Stockholmer Friedensinstitut Sipri die Gesamtsumme der internationalen Rüstungsausgaben auf 1,035 Billionen Dollar beziffert. Das sind 2,6 % des weltweiten Bruttosozialprodukts und umgerechnet 132 Euro pro Kopf der Weltbevölkerung.

1 Million - Anzahl der Menschen, die weltweit pro Jahr im Straßenverkehr sterben. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation werden es schon im Jahr 2030 doppelt so viele sein. Die Zahl der durch den Straßenverkehr Verletzten wird jährlich auf 40 Millionen geschätzt. Unter den Verkehrstoten haben Fußgänger und Zweiradfahrer mit 70-80 % den größten Anteil.



Foto: W. Schmidt

„Holt ihn bitte aus der Kaserne raus!“

Verweigerung aus Gewissensgründen in Bosnien-Herzegowina

Von Joachim Dethlefs

Er hatte alles richtig gemacht. Direkt nach Erhalt seiner Einberufung im September 2004 erklärte der junge Mann aus Odzak im Norden Bosnien-Herzegowinas fristgerecht und ordnungsgemäß seine Verweigerung. Einen Monat später hätte er sich in der Kaserne in Tuzla melden sollen, was er als erklärter Militärdienstverweigerer nicht tat. Und damit nahm das Unheil seinen Lauf. Die Militärpolizei rückte an. Der Wehrlose wurde gegen seinen Willen zum Dienst an der Waffe gezwungen. Darko Brkan von der Organisation „Prigovor Savjesti“, der nationalen Kampagne für Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, erinnert sich noch gut an die verzweifelte Stimme der Eltern des jungen Mannes: „Holt ihn bitte einfach aus der Kaserne raus. Wenn ihr könnt.“

Kaum jemand hat sich so intensiv und engagiert mit dem Militarismus in Bosnien auseinandergesetzt wie der 26-jährige Darko aus Sarajevo. Er und sein Bruder haben sich im Jahr 2000, inspiriert durch einen Jugendkongress, dazu entschlossen, sich aktiv für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung einzusetzen. Ein solches Recht existierte zwar bereits, blieb aber in der Öffentlichkeit gänzlich unbekannt. Heute ist die spontane Idee der beiden Antimilitaristen zu einer Kampagne mit Hunderten Aktiven und einem Netzwerk aus zahlreichen Partnerorganisationen angewachsen. Seit 2001 haben die Aktiven von „Prigovor Savjesti“ als beobachtendes Mitglied in der staatlichen Zivildienst-Kommission Zugang zu den Akten sämtlicher Antragsteller. Seit 2004 dürfen sie in den lokalen Büros des Verteidigungsministeriums bei allen Musterungen präsent sein. Dies sind beachtliche Erfolge der fünfjährigen ehrenamtlichen Arbeit der jungen Bosnier.

Doch bei Geschehnissen wie im Oktober 2004 „fühlt man sich machtlos“, gesteht Darko, der zwei Tage später von dem Fall erfahren hatte und sofort bei höchsten staatlichen Stellen offiziellen Protest einlegte. Die Möglichkeiten sind in der Tat begrenzt. Jeder Zivilgerichtsprozess würde um ein Vielfaches länger dauern, als der mit vier Monaten relativ kurze Militärdienst in den Gebieten der bosnischen Föderation. „Hätte das Verteidigungsministerium sich nicht am Ende kooperativ gezeigt und den Betroffenen freiwillig nach Hause geschickt, hätten wir nicht viel mehr unternehmen können.“ Was dem jungen Verweigerer aus Odzak bleibt ist die Erfahrung von 45



Die Friedenskarawane will das Recht auf KDV bekannter machen



Tagen in Militärbaracken und ein staatliches Schreiben mit der Entschuldigung für einen Verwaltungsfehler.

Auf den ersten Blick erscheint die von Darko geschätzte Quote von 1000 Verweigerern bei jährlich etwa 8000 Einberufungen relativ niedrig für ein Land, dessen Bevölkerung bis Ende der Neunzigerjahre selber Zeuge und Opfer kriegerischer Gewalt und menschlicher Abgründe gewor-

den ist. Weiße Kreuze bedecken zu Tausenden Berghänge und einstige Parkanlagen in den Zentren der ehemals belagerten Städte. Sie lassen den gewaltsamen Tod von insgesamt mehr als 250.000 Menschen nicht in Vergessenheit geraten.

Als Grund für die relativ niedrige Zahl von Verweigerern sieht Darko unter anderem die Weigerung des Staates, seine Informationspflicht

gegenüber den Rekruten zu erfüllen. Die Mitglieder der KDV-Kampagne sind die einzigen, die die Bevölkerung mit Hilfe von Medien und Informationsmaterial über Kriegsdienstverweigerung in Kenntnis setzen. Auf diese Weise ist es ihnen gelungen, bereits im ersten Kampagnen-Jahr über 800 Anträge zu sammeln. Insgesamt haben bis Mitte dieses Jahres über 2.100 Bosnier den Dienst an der Waffe verweigert.

Dreiteilung bis hin zum Militär

Diese jungen Männer stellen sich bewusst an den Rand einer – wie Darko es sieht – „vollkommen militarisierten Gemeinschaft“. Auch die Kirchen bilden hier keine Ausnahme und sind – anders als in Deutschland – weit davon entfernt in irgendeiner Verbindung zum Pazifismus zu stehen. Schon im Vorfeld und während der Auseinandersetzungen der Neunzigerjahre schreckten Würdenträger aller Glaubensrichtungen nicht vor nationalen und rassistischen Äußerungen zurück. Als Resultat spielt die Religion heute bei der Entscheidung für oder gegen Wehrdienst in Bosnien eine untergeordnete Rolle. Glaubensfragen gelten in Bosnien traditionell als Privatsache. Das Resultat einer über Jahrhunderte gewachsenen multi-religiösen Gesellschaft, die sich auch im Sarajevo-Büro von „Prigovor Savjesti“ mit seinen katholischen, muslimischen und orthodoxen Aktiven widerspiegelt – ein für bosnische Verhältnisse normaler Mix. Doch Darko betont: „Es ist egal, ob Du in Schule und Privatleben viel Kontakt mit den anderen Ethnien gehabt hast. Es ist egal, ob Du Dich vielleicht sogar in ein Mädchen von der anderen Ethnie verliebt hast.“



Zivildienstleistender im Kindererholungsheim des Roten Kreuzes im Kanton Sarajevo

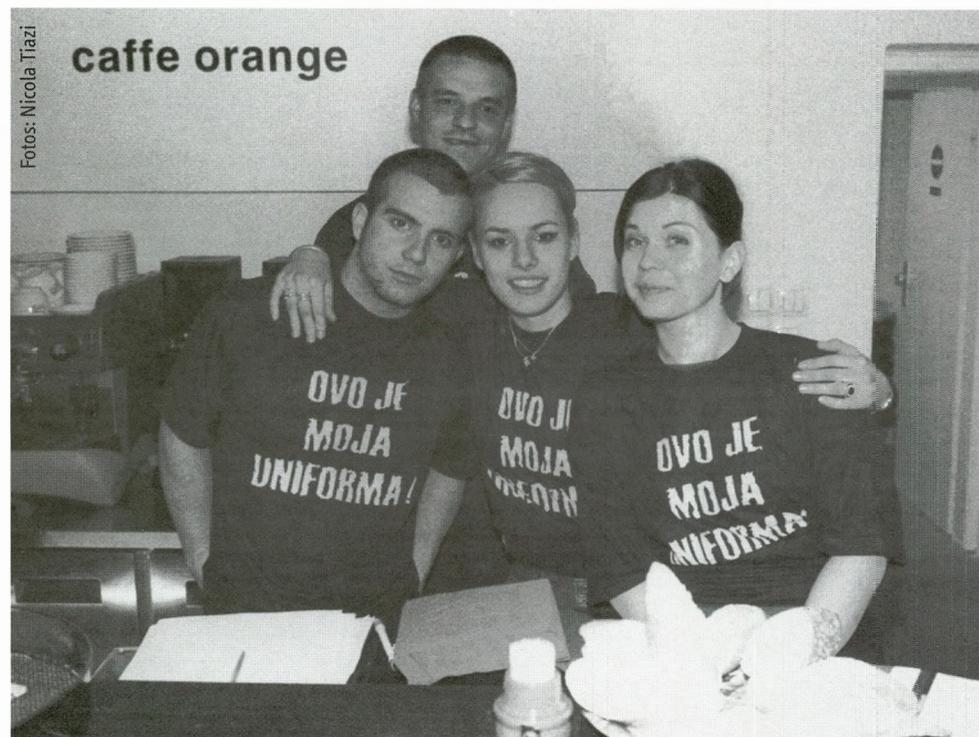
Beim Militär kommst Du an einen Ort, an dem alle nur deiner Nationalität sind und über den Hass gegenüber der anderen Gruppe sprechen.“ Die Dreiteilung, der das Land seit dem Friedensabkommen von Dayton 1995 faktisch unterliegt, äußert sich unter anderem auch in einer parallelen serbischen, kroatischen und muslimisch-bosniakischen Militärstruktur. Zwar wird aktuell der Versuch unternommen, wenigstens die letzteren beiden zu verbinden. Doch liegt vor allem im

Bezug auf die serbischen Militärangehörigen der Zeitpunkt in weiter Ferne, an dem die ehemaligen Kriegsgegner wieder Seite an Seite ihren Dienst leisten. „Militärbaracken in Bosnien sind Tempel des Militarismus und Nationalismus.“

Der Zivildienst, so Darko, sei keine Optimallösung. Denn er sei im Grunde ein Zwangsdienst, den man lieber durch freiwillige Alternativen ersetzen sollte. Trotzdem engagiert sich „Prigovor Savjesti“ sehr stark im Bereich Zivildienst, weil es das pazifistische Hauptanliegen der Aktion unterstützt. Die Motivation: Wenn jemand im Altenheim ist, ist er wenigstens nicht in der Kasse. „Wir wollen die Leute unterstützen, die keine Waffen in die Hand nehmen wollen.“ Zwar würde niemand in Bosnien bestreiten wollen, dass die internationale militärische Intervention in den Neunzigern geholfen habe, die Gewalt im Land zu stoppen. Doch „vor den jüngsten Balkankriegen hätte die Internationale Gemeinschaft eine viel bessere Rolle spielen können, indem sie geholfen hätte, sie zu verhindern.“

Friedenskarawane

Anfang Mai begab sich das Kampagnen-Netzwerk auf eine Friedenskarawane, die mit Start im slowenischen Ljubljana durch größere Städte in Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro sowie Mazedonien zog und am 15. Mai im griechischen Thessaloniki endete. Am internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung nahmen sie dort an der Jahreskonferenz der Organisation „War Resisters International“ teil. Während der zweiwöchigen Karawane stellte ein reisendes Kernteam Hand in Hand mit den jeweiligen Aktiven vor Ort ein buntes Programm auf



Verweigerer präsentieren MOJA UNIFORMA („meine Uniform“)

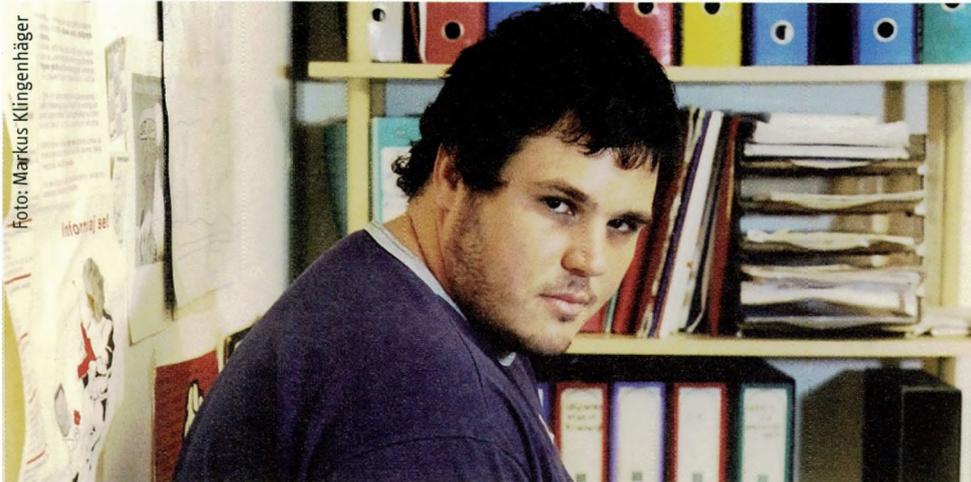


Foto: Markus Klingenhäger

eingesetzt hat, wartet selbst immer noch auf einen Platz.

Weitere Infos auf bosnisch:
www.prigovorbih.org

Darko Brkan von der nationalen Kampagne für Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen

die Beine. Workshops, Kunst, Performances, Konzerte, DJ-Workshops waren nur einige der Aktionen, mit denen die Möglichkeit der Verweigerung gefördert und bekannter gemacht werden sollte.

Dies ist vor allem im serbischen Teil Bosniens, der Republika Srpska, bitter nötig. Im Bezug auf Kriegsdienstverweigerung trennen die durch das Dayton-Abkommen entstandene kroatisch-muslimische Föderation und die überwiegend von Serben bewohnte Republika Srpska Welten. Nur knapp vier Prozent der bisher eingetroffenen 2.100 KDV-Anträge stammen aus dem serbischen Bereich Bosniens. Darko wehrt sich allerdings gegen eingefahrene Stereotype wie das Bild der traditionellen Nähe der Serben zum Militär. Wichtiger ist wohl, dass der Zivildienst in der Republika Srpska mit acht Monaten zwei Mal so lange wie der dortige Wehrdienst ist, während in der Föderation die Zivildienstleistenden mit sechs Monaten nur die eineinhalbfache Zeit in Kauf nehmen. Ebenfalls gegen die Vorurteile über den serbischen Militarismus sprechen aktuelle politische Ambitionen in der Republika Srpska, den Wehrdienst sogar komplett abzuschaffen.

Für viele wäre dies eine logische Konsequenz aus der aktuellen Situation. Trotz der im Vergleich mit anderen Ländern relativ niedrigen Zahl von Verweigerungsanträgen, hat Bosnien-Herzegowina bereits jetzt extreme Probleme, eine ausreichende Anzahl an Zivildienstplätzen zur Verfügung zu stellen. Die zurzeit 150 Stellen reichen bei weitem nicht aus, um den akuten Bedarf zu decken. Und Besserung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil. Aus politischen Gründen hat seit Dezember 2004 kein Treffen der staatlichen Zivildienst-Kommission mehr stattgefunden. Nun fordern die Aktiven von „Prigovor Savjesti“ in einem Antrag die automatische Anerkennung sämtlicher laufenden Verweigerungsanträge und die sofortige Entbindung der Betroffenen von sämtlichen Dienstpflichten. Darko weiß gut, was für ein Gefühl es ist, keine Zivildienststelle zu bekommen. Er, der sich seit Jahren für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in seinem Land

Zivildienst – Die Situation in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens

Bosnien-Herzegowina

Im Gebiet der bosnischen Föderation existiert der Zivildienst seit Mai 2004 und dauert sechs Monate, in der bosnischen Republika Srpska gibt es ihn bereits seit Dezember 2002 und seine Dauer beträgt acht Monate. Der Militärdienst nimmt in beiden Fällen nur vier Monate in Anspruch.

Generell wird der Dienst jeweils über ein eigenes Gesetz geregelt und kann sowohl in dafür zugelassenen Institutionen des zivilen Lebens als auch in Armee-Einheiten geleistet werden. Es gibt ein monatliches Taschengeld von umgerechnet 15 Euro sowie gegebenenfalls die Erstattung von Reise- und Essenskosten.

Weitere Infos: Kampanja za Prigovor Savjesti u Bosni i Hercegovini, Envera Sehovića 10/2, 71000 Sarajevo, BIH, Telefon 00387-33 61 84 61, info@prigovorbih.org

Slowenien

In Slowenien besteht seit Dezember 2003 eine Berufsarmee.

Serbien und Montenegro

Seit Dezember 2003 gibt es die Möglichkeit, in Serbien anstelle des neunmonatigen Wehrdienstes 13 Monate lang Zivildienst zu leisten. Dies ist in zugelassenen Einrichtungen möglich, die im sozialen, humanitären oder medizinischen Bereich tätig sind. Monatlich gibt es ca. 4 Euro, zusätzlich werden Reiseauslagen erstattet.

Mitte Juni 2005 teilte das Verteidigungsministerium der Republik mit, dass für den Einberufungszeitraum Juni etwa 5000 der registrierten 9000 Rekruten einen Antrag auf KDV gestellt hätten. Das Ministerium sprach von

einem „Missbrauch“ des Verweigerungsrechts und drohte damit, den Militärdienst auf 6 bis 7 Monate zu verkürzen und den Alternativdienst bei 13 Monaten zu belassen.

Weitere Infos: EBCO Balkan Makedonska 22/II, Belgrad, Serbien
Telefon 00381-113 34 03 59,
office@ebcobalkan.org
www.ebcobalkan.org

Kroatien

Schon während des Krieges in den Neunzigern gab es die Möglichkeit, waffenlosen Dienst in den Kasernen zu leisten. Zivile Stellen existieren seit 1997 unter anderem im wissenschaftlichen, kulturellen, sportlichen, medizinischen oder humanitären Einrichtungen und Vereinigungen, die sich der Zivildienstleistende auch selber suchen kann. Eine finanzielle Entschädigung existiert nicht.

Weitere Infos: Antiwar Campaign Croatia, ark@zamir.net

Mazedonien

Der Zivildienst existiert praktisch seit Januar 2003 und basiert auf dem Verteidigungsgesetz von 2001. Er dauert 10 Monate im Vergleich zu 6 Monaten Militärdienst. Absolviert werden kann der Dienst in öffentlichen und medizinischen Institutionen, humanitären Organisationen und bei Einrichtungen der Feuerwehr. Der monatliche Lohn bewegt sich bei maximal 10 Euro, das Essensgeld bei 80 Cent. Es gibt 10 Tage Urlaub. Nach Beendigung des Zivildienstes wird der Zivildienstleistende dem Zivilschutz untergeordnet.

Weitere Infos: Peace Action Macedonia, gamanet@mt.net.mk

Menschenrechte ohne Gewähr

Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst in Europa

Von Friedhelm Schneider

Zivildienst in Europa – das könnte bedeuten: Soziale Alternativen zum Militärdienst fördern in internationaler Vielfalt, Solidarität und Verständigung. In deutlichem Kontrast zu diesem Leitbild wird die Wirklichkeit des Zivildienstes in den europäischen Wehrpflicht-Staaten von einem Nebeneinander widersprüchlicher Vorstellungen geprägt: Neben der Idee eines zivilen Hilfsengagements für die Gesellschaft stehen abschreckende Modelle eines Strafbataillons an der Sozialfront. Beispiele für einen Arbeitsdienst unter militärischer Kontrolle sind ebenso zu finden wie ein Phantom-Ersatzdienst, der nur auf dem Papier oder in politischen Absichtserklärungen existiert. Als kleinster gemeinsamer Nenner lässt sich feststellen, dass anerkannte Kriegsdienstverweigerer keinen Waffendienst leisten müssen. Zugleich ist zu beobachten, dass ihrem Dienst ohne Gewehr oft Rechte ohne Gewähr entsprechen.

Nach wie vor sind die Gewissensfreiheit für Kriegsdienstverweigerer und ein Zivildienst ohne Strafcharakter weit davon entfernt, zu den gesamteuropäisch respektierten Menschenrechtsstandards zu gehören. Dies dokumentiert eindrücklich eine Studie, die der Quäkerrat für Europafragen Ende April in Brüssel veröffentlicht hat. Von A wie Albanien bis Z wie Zypern hat Marc Stolkwijk, der Autor

der Untersuchung, Dokumente der europäischen Institutionen (Europarat und Europäisches Parlament) ausgewertet und Informationen von Nichtregierungsorganisationen wie EBCO (Europäisches Büro für Kriegsdienstverweigerung, Brüssel), WRI (War Resisters International, London) und Amnesty International zusammengetragen. Die Ergebnisse sprechen für sich:

Auf gesamteuropäischer Ebene liegen die Dinge deutlich anders als in Mitteleuropa, wo die Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht Fragen der Kriegsdienstverweigerung im allgemeinen Bewusstsein als überholt erscheinen lässt. Aktuell halten 27 der 46 Europarats-Mitgliedstaaten an der Wehrpflicht fest, Entsprechendes gilt für 12 von 25 Mitgliedern der Europäischen Union.

Zivil- oder Zivildienst ?

Innerhalb der EU-Staaten reicht die Länge des Ersatzdienstes von 7,5 Monaten (Schweden) bis zu 3,5 Jahren (Zypern). Identisch mit der Militärdienst-Dauer ist die Zivildienst-Zeit in Dänemark, Deutschland und Schweden. In Estland und Lettland müssen Zivis mit 16 bzw. 24 Monaten doppelt so lang dienen wie Wehrpflichtige bei der Armee. Die diskriminierendste Ersatzdienst-Dauer findet sich in Finnland, wo der Zivildienst mit 13 Monaten mehr als die zweifache Länge des Militärdienstes (6 Monate) beträgt.

Auf Europarats-Ebene erkennen drei Staaten (Aserbaidschan, Weißrussland, Türkei) das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht an. Ein Land (Rumänien) akzeptiert nur religiöse Verweigerungsgründe, in fünf weiteren Staaten (Armenien, Griechenland, Litauen, Moldavien, Zypern) ist die diskriminierende Behandlung nicht-religiöser Kriegsdienstverweigerer regelmäßig zu beobachten.

Ersatzdienst unter militärischer Aufsicht

In mehr als der Hälfte der europäischen Wehrpflicht-Staaten (14 von 27) liegt die Zuständigkeit für die Organisation und Verwaltung des Ersatzdienstes beim Verteidigungsministerium, 16 Länder stellen das Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer unter militärische Aufsicht, nur 18 Staaten sehen einen Zivildienst außerhalb des Militärs vor. Diese Praxis steht in offenkundigem Gegensatz zu den Mindestvorgaben, die der Europarat für den Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen festgelegt hat.

Anlass zu besonderer Besorgnis gibt der Umstand, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in einigen Staaten auf Friedenszeiten beschränkt bleibt. So sieht etwa die Gesetzgebung in Bulgarien, Finnland, Griechenland und Zypern ausdrücklich die Möglichkeit vor, das Recht auf Zivildienst im Kriegsfall auszusetzen. Obwohl der Europarat 2001 das Recht auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen auch für Berufssoldaten eingefordert hat, haben mit Deutschland und Großbritannien nur zwei seiner 46 Mitgliedstaaten entsprechende Vorkehrungen getroffen.

Zu den großen Herausforderungen von Friedensethik und Menschenrechtsschutz gehören künftig die Achtung der Kriegsdienstverweigerer im „Ernstfall“ und das Recht von Berufssoldaten, zu einer inneren Entwicklung zu stehen, die sie zu einer Revision ihrer früheren Dienstverpflichtung bringt. 

Quaker Council for European Affairs:
„The Right to Conscientious Objection in Europe. A Review of the Current Situation“,
Brussels 2005
Bestellung über info@qcea.org (5 Euro),
der Bericht kann heruntergeladen werden
von der Website www.quaker.org/qcea



Konsens – die bessere Lösung

Von Werner Schulz

Wo immer Entscheidungen über Streitfragen in Gruppen und Gemeinschaften anstehen, ist die Abstimmung demokratischer Usus. Schon auf der Schulbank lernen wir: Die Mehrheit ist entscheidend. Sobald ausgezählt ist und feststeht,



welcher Meinung sich die Mehrheit zuneigt, ist die Diskussion um das strittige Thema oft auch schon beendet. Außenseiterpositionen muss man nicht überzeugen. Es reicht, sie zu überstimmen.

In Pattsituationen aber, oder wenn die Entscheidung per Votum nur knapp ausfällt, zeigt das Mehrheitssystem seine Schwächen und Grenzen. Knapp die Hälfte der Stimmen ist keine Basis für tragfähige Entscheidungen. Neue Konflikte mit der unterlegenen Minderheit sind vorprogrammiert. Soll der Streit dauerhaft beseitigt werden, muss das Thema nochmals auf den Tisch. Vielleicht ist ja ein Konsens möglich? Eine Übereinkunft aller Beteiligten?

Wege und Prozesse hin zu einer solchen gemeinschaftlichen Übereinstimmung untersucht und beschreibt das Buch „Konsens – Handbuch zur gewaltfreien Entscheidungsfindung“. Konsensfindung wird hier verstanden als eine Methode gewaltfreier, nichtverletzender Streitkultur. Nicht die stärkste Fraktion, sondern die stärkste Kooperation ist zur Konsensbildung letztlich entscheidend. Minderheiten werden nicht übergangen, der Respekt vor der Meinung eines jeden Einzelnen kommt in der Konsensentscheidung zum Ausdruck. Am Ende muss eine Entscheidung stehen, die alle mittragen können. Am Prozess der Meinungsbildung müssen dann allerdings auch alle mitarbeiten. Ein Konsens erfordert Enga-

gement und Kreativität, denn am Ende soll die bessere Lösung, nicht die einfachere stehen.

Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (Hrsg.): „Konsens – Handbuch zur gewaltfreien Entscheidungsfindung“
Eigenverlag, Karlsruhe 2004, 220 Seiten, 12 €
Bezug über die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Alberichstraße 9, 76185 Karlsruhe,
Fax (07121)558622,
E-Mail buero.karlsruhe@wfga.de

Vergessene Opfer

Von Werner Schulz

Sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wird in den Rückschauen in Presse, Funk und Fernsehen deutlich, wie stark sich unsere Geschichtsbetrachtung noch immer auf uns selbst bezieht: Die letzten Kriegstage zuhause in Deutschland, allenfalls noch in Europa, sind uns wichtig. Dass der Zweite Weltkrieg tatsächlich ein weltweiter Krieg war, dass er auch zahlreiche (Kolonial-) Staaten und Völker in der so genannten Dritten Welt betraf, bleibt ein verschwiegenes Thema.

Zum ersten Mal haben sich jetzt Journalistinnen und Journalisten daran gemacht, auf der Grundlage zahlreicher Interviews mit Veteranen, Zeitzeugen und Historikern in 30 Ländern, einen Überblick über die weitreichenden Folgen des Zweiten Weltkrieges in der Dritten Welt zu liefern. Entstanden ist nach langjähriger Recherche der herausragende, knapp 450 Seiten starke Band „Unsere Opfer zählen nicht – die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“.

Die Dimension der Auswirkungen des von Nazi-Deutschland begonnenen Krieges auf Länder der Dritten Welt wird erahnbar, wenn man sich vor Augen hält, dass Großbritannien bei Kriegsbeginn als größte Kolonialmacht über ein Viertel der Erde und über ein Viertel der Erdbevölkerung herrschte. Die französischen Kolonialgebiete waren insgesamt zwanzigmal größer als Frankreich. Und beide Staaten bezogen ihre Kolonien von Anfang an in den Weltkrieg mit ein.

Die Kolonialherren rekrutierten junge Soldaten durch Zwang und versorgten so ihre Armeen mit neuen Kämpfern, Lastenträgern und Hilfstruppen, und nutzten Arbeiter und Rohstoffe für die Kriegsproduktion. In der britischen Armee ersetzte eine Gruppe von Trägern zehn LKW. Menschen wurden zu Kriegsmaterial. Auch die Frauen. Etwa 200.000 Mäd-

chen und Frauen aus Korea, China und südostasiatischen Staaten wurden von der japanischen Armee als Zwangsprostituierte für die Soldaten des Kaisers missbraucht. „Wenn es drum ging, an vorderster Front ins offene Feure zu laufen und die Brust hinzuhalten, hatten die Afrikaner Vorrang“, schreibt Professor Kum'a Ndumbe aus Kamerun über das Schicksal seiner Landsleute in der französischen Armee. Wenn es aber darum ging, Erfolge, Siege und schließlich die Demobilisierung zu feiern, kamen die Kolonialisierten nicht vor: Ohne Sold und ohne Rente wurden sie nachhause geschickt.

Bis heute tauchen die Kriegsoffer aus den Ländern der Dritten Welt in den gängigen Statistiken über die Weltkriegsopfer nicht auf. Oft wurden sie gar nicht erst gezählt. Erst im Jahr 2002, 57 Jahre nach Kriegsende, entstand in London ein erstes Denkmal für die Soldaten der Kolonialgebiete. Und zum ersten Mal im Jahr 2004 lud der französische Präsident Vertreter aus Afrika zur Feier der alliierten Landung ein.

Nach Weltregionen und dort nach Einzelstaaten gegliedert, beschreiben die Autoren des vorliegenden Bandes soziale Kriegsfolgen und Einzelschicksale. Es kommen Menschen zu Wort, an die niemals zuvor öffentlich erinnert wurde. Das Buch „Unsere Opfer zählen nicht“ erschließt somit nicht nur zahlreiche, bisher unbekannte Quellen für die historische Diskussion, sondern gibt den vielen Vergessenen und Sprachlosen unter den Kriegsoffern in der Dritten Welt erstmals so etwas wie eine Stimme.

Recherche International (Hrsg.): „Unsere Opfer zählen nicht“
Verlag Assoziation A, Hamburg /Berlin 2005,
444 Seiten mit 400 Fotos und 10 Karten,
29,50 €, ISBN 3-935936-26-5



Kukushka (Der Kuckuck)

Im Norden Russlands am Ende des Zweiten Weltkriegs: Der Finne Veiko, ein kriegsmüder Scharfschütze, wird von seinen Kameraden als Verräter in eine deutsche Uniform gesteckt, an einen Felsen gekettet und als Lockvogel dem Feind ausgeliefert. Durch sein Zielfernrohr beobachtet er, wie ein russischer Jeep von Flug-

zeugen angegriffen wird. Der einzige Überlebende ist Korporal Ivan, der wegen antisowjetischer Propaganda verhaftet wurde. Die samische Bäuerin Anni nimmt den Verletzten auf und pflegt ihn gesund. Inzwischen hat sich Veiko befreien können und findet den Weg zu Anni Gehört. In der Abgeschiedenheit der Tundra begegnen sich drei Fremde, die zwar dauernd reden, aber die Sprache des Anderen nicht verstehen. Ivan sieht in dem Finnen nur den Faschisten, während für Veiko der Krieg vorbei

ist. Anni, seit vier Jahren ohne Mann, verführt Veiko, was wiederum Ivans Eifersucht weckt. Im Streit verletzt er Veiko schwer; nur Annis schamanistische Heilkünste retten ihm das Leben. Schließlich bleibt auch Ivans Begehren nicht unerfüllt. Als sie nach Hause aufbrechen, haben sie durch Annis Beispiel eine Verwandlung erfahren. Die Geschichte könnte an vielen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten spielen. Wie in einem Gleichnis erzählt der Film von der Überwindung der Feindschaft und des Hasses, indem er magische Bilder der Lebensbejahung erfindet. Die Sinnlichkeit der Natur wird zum Spiegel für die heilenden Kräfte, die es zu entdecken gilt. Die Kamera erzeugt das Gefühl einer Weite, die nach Kriegsschrecken und Gefangenschaft wieder zu Atem kommen lässt. Die Sprachverwirrung mit ihrer eigenen Komik ist ein nachdrücklicher Hinweis darauf, dass Verstehen auch über die Sinne, Blick, Geschmack, Geruch, Klang und Berührung möglich sein kann. Der Film erhielt den Preis der Internationalen Filmkritik 2002 beim Internationalen Filmfestival Moskau. Er wurde von der Jury der Evangelischen Filmarbeit als Film des Monats Juli 2005 gewählt.

Regie und Buch:
Aleksandr Rogoshkin, Russland 2002



Foto: Verleih

Mur (Mauer)

Minutenlang fährt die Kamera an der Mauer entlang, die die israelische Regierung aus Sicherheitsgründen gegenüber palästinensischen Selbstmordattentätern errichtet. Wie ein Vorwurf windet sich die Mauer durch die Landschaft: sie nimmt den Blick auf den Nachbarn und zerschneidet geschichtlich gewachsene Beziehungen. Auf beiden Seiten erzeugt sie das Gefühl, entweder ausgegrenzt oder eingesperrt zu sein. Auf die Frage an israelische Kinder, was ihnen zur Mauer einfallt, antwortet eine helle, nachdenkliche Mädchenstimme: „Dies ist ein Ort, von dem aus wir auf die Araber schießen. Und sie auf uns.“

Das Echo zu dieser Sicht kommt von dem in Gaza tätigen arabischen Psychologen Eyad. Nach offiziellen Erhebungen, die durch die individuellen Erfahrungen in seinem Beruf bestätigt werden, möchten heute 24 Prozent der palästinensischen Kinder als Märtyrer sterben; fast ein Viertel aller 12-Jährigen ist fest davon überzeugt, in sechs Jahren nicht mehr am Leben zu sein. Viele Israelis sind zwar mit dem Verlauf der Mauer nicht einverstanden, aber sie akzeptieren, dass sie gebaut wird. Auch wenn sie ihnen längerfristig keine Sicherheit garantiert, verschafft sie ihnen eine Atempause in der andauernden Bedrohung durch Terroranschläge.

Der Dokumentarfilm konzentriert sich ganz auf die politischen, sozialen und psychischen Folgen des Mauerbaus. Inmitten des ohrenbetäubenden Lärms der Bulldozer kommen die leisen Stimmen derer zu Wort, deren wirtschaftliche Existenz zerstört oder denen die politische Hoffnung genommen wird. Dass Mauern auch eine Form der Selbsteinschließung bedeuten, wird nicht nur durch das Bauwerk selbst sinnfällig, sondern auch in den mentalen Haltungen spürbar: Es verfestigen sich die Gefühle der Bedrohung, der Angst und der Feindschaft. Schließlich zeigt der Film am

Ende, wie durchlässig die Mauer an vielen Stellen ist. Damit wird deutlich: solche Sicherheitsmaßnahmen können nicht leisten, was sie versprechen. Sie erhöhen nur Unsicherheit und Verzweiflung.

Der Film wurde 2004 ausgezeichnet mit dem Spirit of Freedom Award auf dem Jerusalem Film Festival und dem Grand Prix beim Internationalen Dokumentarfilm Festival in Marseille. Die Jury der Evangelischen Filmarbeit wählte ihn zum Film des Monats Mai 2005.

Regie und Buch:
Simone Bitton, Frankreich/Israel 2004



Foto: Verleih

Schmieden für den Frieden

Eine internationale Aktion von Schmiedemeistern setzte ein kreatives Zeichen gegen den Krieg in der Welt



Fotos: Bullermann

„Abrüstung“ – das Panzerrohr wird zum Rohstoff für die Schmiedeaktion

Von Werner Schulz

Dreiundvierzig Schmiede aus aller Welt trafen sich im vergangenen Mai in Vechta zu einem ganz außergewöhnlichen Friedensprojekt: Aus Teilen eines ausgemusterten Leopard-Panzers der Bundeswehr gestalteten die Handwerker ein Friedenssymbol. Anlass für die Aktion „Tank for Peace“ (Panzer für den Frieden) war der 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges.

Schmiedemeister Alfred Bullermann aus Bösel bei Cloppenburg, der Initiator des internationalen Projektes, verglich die Aktion der Schmiede mit den „Mauerspechten“, die seit dem Fall der innerdeutschen Grenze als Symbol für Freiheit stehen: „So haben wir, die „Panzerspechte“, ein einprägsames Bild für den Frieden in der Welt hinausgesandt.“

Während der vierzehntägigen Aktion schnitten die Schmiede einem Panzer die Waffe ab

und formten daraus ein kunstfertiges Friedenssymbol. Mit dabei waren Schmiede und auch fünf Schmiedinnen aus folgenden Ländern: Ruanda, Mali, Niger, Togo, USA, Südafrika, Japan, Finnland, Schweden, England, Italien Frankreich, Schweiz, Holland, Polen, Luxemburg, Belgien und Deutschland. „Schmiede gegen Krieg – Schmiede für den Frieden“ lautete das Motto der Aktion, die international auf reges Medieninteresse stieß.

Enttäuscht zeigte sich Initiator Bullermann allerdings von der allzu bürokratischen Haltung der Bundeswehr. Während die internationalen Schmiede zum Teil aus eigener Tasche die weite Anreise bezahlten und zudem zwei Wochen lang auf Einnahmen durch ihre Arbeit verzichteten, demonstrierte die Bundeswehr wenig Unterstützung für diese Form der Friedensaktion. Und wenig Verständnis obendrein: „Ein Panzer ist doch sowieso friedlich“, bekam Schmiedemeister

Bullermann zu hören. Die Verantwortlichen der Truppe bestanden schließlich darauf, den ausgemusterten Panzer durch eine autorisierte Firma nach Vorschrift zerlegen zu lassen und bot den Schmieden die Teile für 10.000 Euro zum Kauf an. Diese Summe aber stand den Friedens-Schmieden nicht zur Verfügung. Man beschränkte sich schließlich auf wenige Teile und auf das Panzerrohr.

Herausgekommen ist am Ende dennoch eine ganze Reihe von Schmiedearbeiten aus Panzerstahl, die individueller Ausdruck verschiedener Kulturen zum Thema Frieden sind. Eine Gemeinschaftsaktion, eine dreieinhalb Meter hohe Skulptur mit dem Titel „Tor zum Frieden“, schloss die Veranstaltung ab.

Das Schmiedetreffen, so Alfred Bullermann, sei ein „Beispiel für ein überaus freundschaftliches Zusammenarbeiten und Zusammenleben von Schmiedekollegen aus aller Welt“ gewor-

den. „Jedem Teilnehmer wurde klar, wie wichtig der gegenseitige Respekt voreinander für ein friedliches Miteinander ist.“

Unterstützt wurde die Aktion vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED), dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), dem Verbund Oldenburger Münsterland und von UNICEF.



Der Initiator vor der abgesägten Panzerkanone



Schmiede aus aller Welt waren an der Aktion beteiligt



Vorher...



Die Gemeinschaftsarbeit „Tor zum Frieden“



...und nachher:
Das Kunstwerk „Tor zum Frieden“ entsteht

Kasse machen mit billigen Zivis?

Schon heute ist fast jede vierte Klinik in privater Hand. Die Tendenz zur Privatisierung im Gesundheitswesen wirft neue Fragen auf: Dürfen privatwirtschaftliche Dienstleister und gewinnorientierte Aktiengesellschaften Zivis beschäftigen?

Von Werner Schulz

Gemeinwohl ist die erste Zivildienst-Pflicht: Paragraf eins des Zivildienstgesetzes schreibt vor, dass jeder Zivi „dem Gemeinwohl“ zu dienen hat, „vorrangig im sozialen Bereich“. Im Klartext: Nicht jeder x-beliebige Arbeitgeber kriegt einen Zivi – einen Bundeswehrsoldaten bekanntlich auch nicht.

Die Anerkennung als Zivildienststelle ist an enge Kriterien gebunden. Einsatzstellen für den Alternativdienst der Kriegsdienstverweigerer müssen die Gewähr dafür bieten, dass sich die jungen Männer für die Gemeinschaft nützlich machen – und nicht für irgendwelche privaten Interessen. Immerhin entspringt der Zivildienst der Wehrpflicht, ist staatlich geforderter Zwangsdienst und eben kein normales Arbeitsverhältnis. Ausdrücklich verlangen die ministeriellen Bestimmungen von allen Beschäftigungsstellen, dass „die Erzielung von Gewinn entweder gänzlich ausgeschlossen ist oder zumindest stark in den Hintergrund tritt“.

Traditionell waren die Kriterien „sozialer Bereich“, Gemeinwohl“ und „keine Erzielung von Gewinn“ eng miteinander verbunden: Soziale Arbeit fand fast ausschließlich in gemeinnütziger Trägerschaft statt, in öffentlichen Einrichtungen oder innerhalb von „Wohlfahrts“-Verbänden. Die Träger dieser Einrichtungen waren als gemeinnützige Vereine oder gemeinnützige Gesellschaften, so genannte gGmbHs, organisiert, die in der Regel auf öffentliche Zuschüsse oder Spenden angewiesen und jedenfalls meilenweit davon entfernt waren, irgendwelche „Gewinne“ für Aktionäre oder Investoren abzuwerfen (siehe Kasten). Diese non-profit-Zeiten sind vorbei.

Die Privatisierung und Kommerzialisierung des sozialen Sektors, insbesondere des Krankenhauswesens und der Altenpflege, schreitet mit enormer Geschwindigkeit voran.

In jeder Kleinstadt machen sich inzwischen private Institute der Altenpflege Konkurrenz, und die bundesdeutsche Krankenhauslandschaft wird gegenwärtig regelrecht umgepflügt. Beinahe jede vierte Klinik in Deutschland ist bereits in privater Hand, Tendenz stark steigend. Aus den Einrichtungen der Wohlfahrt und „Mildtätigkeit“ werden börsennotierte Unternehmen mit vielversprechenden Renditeprognosen. Gesundheit ist eine Ware, mit der man Geschäfte und Profite macht. Bernard Broermann, Chef des europaweit größten privaten Klinikunternehmens „Asklepios“, bringt

die neue Leitkultur im Gesundheitswesen auf den Punkt: „Es gilt, die Gesundheit als Erlös- und Beschäftigungschance zu begreifen“.

Was aber bedeutet diese Entwicklung für den Zivildienst? Entspricht eine private Krankenhausgesellschaft mit dem Ziel der Gewinnmaximierung noch dem Zivildienst-Kriterium des Allgemeinwohls? Passen Gesundheitsmarkt und Zivildienst überhaupt zusammen? Darf man künftig Kasse machen mit den billigen Zivis – Rendite aus der Zivildienst-Pflicht?

Sanierung nach dem Motto: Planstellen streichen – Zivis behalten

Zahlreiche Kliniken in kommunaler oder landeseigener Trägerschaft schreiben rote Zahlen: sie sind unterbelegt, technisch veraltet, haben nicht zuletzt deshalb einen schlechten Ruf – was wiederum zur schlechten Auslastung beiträgt. Seit Jahresanfang gilt zudem für alle Hospitäler ein neues Finanzierungssystem, das vorschreibt, alle Patienten über Fallpauschalen

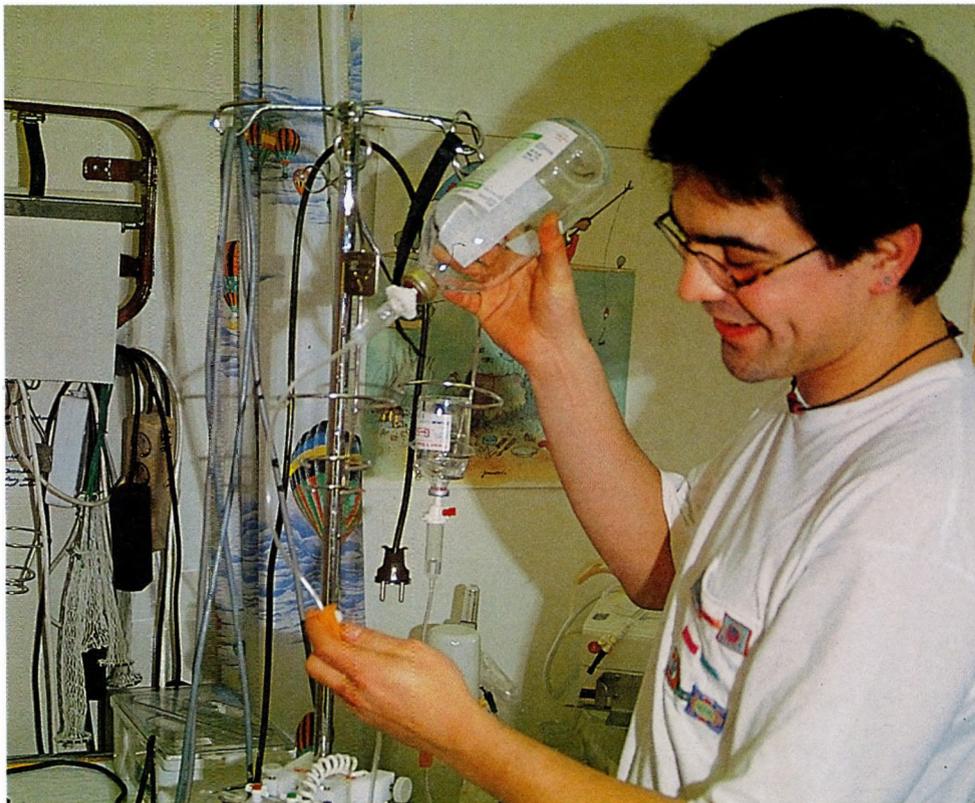
abzurechnen und in der Konsequenz bedeutet, dass lange Liegezeiten zu Lasten der Klinik gehen. In dieser Situation erscheinen private Betriebsgesellschaften den verantwortlichen Kommunal- und Landesparlamenten vielfach als allerletzte Rettung. „Wir sind eine Gesellschaft, die sich mit dem Kauf und Betrieb von Kliniken in Deutschland und in den USA befasst“, heißt es in der Selbstdarstellung von Asklepios. „Derzeit betreiben wir über 90 Einrichtungen, zumeist im Eigentum, teilweise im Management.“

Was es allerdings konkret bedeuten kann, wenn Klinikbetriebe von Asklepios übernommen werden, müssen derzeit etwa die Angestellten von sieben Hamburger Krankenhäusern erfahren: Nach dem Verkauf des „Landesbetriebs Krankenhäuser“ (LBK) an Asklepios sollen von 12.000 Mitarbeitern rund tausend ihren Arbeitsplatz verlieren. Die billigen Zivis aber sollen weiterbeschäftigt werden. Diese Haltung des Klinikkonzerns empört vor allem

„Vorrangig im sozialen Bereich“ – Zivialtag in einer Tübinger Kinderklinik



Fotos: zivil/W.Schulz



die Gewerkschaften. Der Leiter der ver.di-Bundesfachgruppe Krankenhaus, Dirk Völpel-Haus, befürchtet: „Es ist damit zu rechnen, dass durch die angedrohten Stellenstreichungen Engpässe entstehen und am Ende auch die Zivis als schwächstes Glied in der Kette ausgenutzt werden“.

Im vergangenen Jahr hatte Asklepios 1,9 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaftet, mit 32.700 Beschäftigten. Einige davon schickt dem privaten Marktführer das deutsche Bundesamt für den Zivildienst. Der Einsatz der günstigen ZDL rechnet sich ganz offenbar auch für die scharf kalkulierenden Krankenhaus-Modernisierer, denn laufend werden von Asklepios neue Zivis gesucht. Zum Beispiel für den Pflegedienst der Kliniken in Langen und Seligenstadt. Per Mausclick lassen sich auf der Homepage der Häuser mit der standardisierten Suchmaske die offenen Zivi-Stellen abrufen. Unter „Position“ ist einfach einzugeben: Zivildienstleistender.

„Zivis als Profitbringer“

Auch andere private Krankenhauskonzerne beschäftigen im großen Stil die billigen Leiharbeiter aus dem Pool des Zivildienst-Amtes. Zum Beispiel die Rhön-Klinikum-AG mit Sitz in Bad Neustadt: 39 Kliniken, 20.381 Mitarbeiter, zuletzt 76 Millionen Euro Jahresgewinn, davon 20 Millionen Euro Ausschüttung an die Aktionäre. Anzahl der Zivis nach Angaben der Firmenleitung: 154.

Auch der schleswig-holsteinische Klinikbe-

treiber Dampf Holding AG („Dampf 2000“) rechnet mit den Zivis. Die Dampf Aktiengesellschaft bietet den jungen Männern ganz besonders attraktive Dienststellen, einige direkt an der Ostseeküste. Vom „Einsatz in therapeutischen Bereichen, z.B. Sport“ bis zum Gärtnern in den Parkanlagen ist alles dabei – Zivi-eigener Party-Raum inklusive. Reingewinn der Unternehmensgruppe im Jahr 2003: 4,9 Millionen Euro. Allein im Ostseebad arbeiten rund 50 billige Zivildienstleistende.

„Zivis als Profitbringer“ überschrieb der „Spiegel“ Mitte Mai einen Bericht, in dem er auch darauf hinwies, dass ein Zivildienstleistender pro Jahr etwa 15.000 Euro kostet, die Beschäftigungsstelle aber – egal ob Sozialstation oder Dampf-Konzern – weniger als die Hälfte zu bezahlen hat. Das meiste bezahlt der Staat. Unterm Strich kommt also an steuerfinanzierten Subventionsgeldern für privatwirtschaftliche Gesundheitsbetriebe einiges zusammen. Fachleute aus der Zivildienstarbeit schätzen den Anteil privater „Arbeitgeber“ in den Zivildienst-Tätigkeitsgruppen Pflege, Versorgung und Mobile Dienste bereits heute auf gut 20 Prozent, mit steigender Tendenz.

Enormer Ermessensspielraum

Vorangetrieben wird die stille Übergabe von zunehmend mehr Zivis in private Hände durch den Wechsel der Rechtsträgerschaft, das heißt durch den Verkauf der Klinik oder deren Umwandlung in eine andere Gesellschaftsform. Auch Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände,

etwa der Diakonie, sind von dieser Entwicklung betroffen. Die Zivildienstplätze, deren Anerkennung dann jahrelang zurückliegt, werden einfach mitübernommen. Eine routinemäßige Überprüfung in allen Fällen solcher Trägerwandlungen durch das zuständige Bundesamt für den Zivildienst findet nicht statt.

Ohnehin sieht man dort die Verbindung von Zivildienst und privatwirtschaftlicher Dienstleistung eher locker und gelassen. „Wo wollen Sie denn die Trennlinie ziehen?“, fragt Pressesprecher Heinz Günter Dickel. Schon immer, so Dickel, gab es Zivis in halbprivaten Bereichen, etwa in den medizinischen Dialyse-Zentren. Und wenn Zivis als landwirtschaftliche Betriebshelfer einspringen, weil der Bauer oder die Bäuerin krankheitsbedingt ausfallen, dann wäre auch dieser Einsatz, so Dickel, genau genommen ein Dienst für den privaten Profit. Hinter der Einschränkung „sozialer Zweck“ stecke immer ein enormer Ermessensspielraum.

Auch im zuständigen Familienministerium werden die Kriterien des Zulässigen, vor allem das des „Allgemeinwohls“, äußerst großzügig ausgelegt. Auch Aktiengesellschaften, so die offizielle Leitlinie, könnten problemlos Zivildienstleistende beschäftigen, denn: Nach gängiger Rechtsprechung, unter anderem durch das Bundesverwaltungsgericht, seien Krankenhäuser schon dann dem Allgemeinwohl verpflichtet, wenn mindestens 40 Prozent der Patientinnen und Patienten Kassenpatienten seien. So ganz geheuer scheint diese Argumentation aber selbst der zuständigen Bundesfamilienministerin, Renate Schmidt, nicht zu sein, wenn sie schreibt: „Die Sinnhaftigkeit einer solchen Definition von Allgemeinwohl kann gerne bezweifelt werden. Dies ist jedoch keine Entscheidung des Ministeriums, sondern der Gerichte“.

Noch aber sind die dafür notwendigen Kläger nirgends in Sicht. Es gibt erstaunlich wenige Stellen, die in der gegenwärtigen Praxis so etwas wie Unrecht erkennen. Die schärfste Kritik kommt von der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer. Deren Geschäftsführer Peter Tobiassen fordert, dass Zivis ab sofort nicht mehr zu Aktiengesellschaften und GmbHs einberufen werden. „Nur als gemeinnützig gekennzeichnete GmbHs, so genannte g-GmbHs, eignen sich als Beschäftigungsstellen des Zivildienstes. Der Missbrauch von jungen Menschen und Steuergeldern muss sofort beendet werden.“

Den Verdacht der „Ausbeutung“ der billigen Zivis weisen die privaten Dienstleister naturgemäß weit von sich. Ihre Zivildienststellen seien ordnungsgemäß anerkannt – und hier wie dort sei die Arbeit schließlich dieselbe. Das sieht auch Stefan Fritsch so, Pflegedienstleiter

und stellvertretender Heimleiter eines Wohn- und Pflegeheims, das der „Michael Wicker OHG“ gehört. Der Vorwurf des „Missbrauchs“ der billigen und willigen Arbeitskräfte müsste die kommunalen Einrichtungen in gleicher Weise treffen, meint Fritsch. „Im Gegenteil: In kleinen, privaten Heimen geht es nach meiner Erfahrung immer persönlicher und familiärer zu.“ Er jedenfalls sei zufrieden mit seinen sechs Zivis – und die Zivis auch mit ihrem Job.

Für die Zivis selbst ist es in vielen Fällen völlig undurchschaubar, ob sie noch in öffentlicher oder schon in privater Trägerschaft ihren Dienst tun. Kontrolle und Klärung durch das Bundesamt für den Zivildienst ist zum Schutz der jungen Männer und für deren Rechtssicherheit daher unerlässlich. Bisweilen klären sich die Dienstverhältnisse nur aus

Zufall. Wie etwa für ZDL Bastian aus Frankfurt. Er arbeitete als Hausmeister-Zivi einer Klinik, war zuständig für Reinigung und den winterlichen Räumdienst. Erst als er sich bei einem Zivildienstseelsorger über den rüden Umgangston seines Dienstvorgesetzten beklagte, kam zum Vorschein, dass der Klinikbetrieb die Reinigungsarbeiten längst an eine Fremdfirma „outsourced“ hatte – und den Zivi gleich mit.

Die Ausgliederungen einzelner Arbeitsbereiche, wie Küche, Wäscherei, Gebäudewartung und Reinigung, sind in vielen Fällen die ersten Schritte in Richtung Privatisierung eines Hauses. In diesen Bereichen ist daher Zivis in spe zu besonderer Vorsicht bei ihrer Stellensuche zu raten, sofern ihnen das Gemeinwohl ihres zivilen Dienstes wirklich wichtig ist. 

Gemeinnützigkeit

„So liegt die Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten im Allgemeinwohl, also dienen die Apotheker dem Allgemeinwohl, sie verfolgen dieses Ziel aber nicht gemeinsam sondern eigennützig. Für die Anerkennung als Beschäftigungsstellen des ZD ist es jedoch zulässig, den engeren Begriff des Allgemeinwohls im Sinne der Gemeinnützigkeit zugrunde zu legen...“

Ministerialrat a. D. Dr. Hans-Theo Brecht
im Kommentar zum Zivildienstgesetz (§4),
München 2004



Zeichnung: F. Wössner

60 Jahre nach Hiroshima fordern Jugendliche aus aller Welt: Weg mit den Atomwaffen!



Make a hole deep enough to insert the seed into the soil with your finger and put the soil with some earth and water it. The seed will grow. Sunny places, the ground should be a height of up to 15 ft.



Die Ukraine hat es 1996 vorgemacht. Im Zusammenhang mit der damaligen Neuordnung der GUS-Staaten beauftragten die Verteidigungsminister der Ukraine, Russlands und der USA die vollständige Abrüstung der dort vorhandenen Atomsprenkköpfe. Als Zeugnispflanzten sie Sonnenblumen.

„Wenn Sonnenblumen statt Rüstungsinstrumente in der Erde wurzeln, dann sichern sie den Frieden für zukünftige Generationen“, sagte der damalige US-Verteidigungsminister William Perry. Würde die damalige drittgrößte Atomwaffenmacht die Erde diesen Schritt schafft, warum nicht auch alle anderen?

Das fragen sich nicht nur die Jugendlichen aus aller Welt, die bei der Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York dabei waren und engagiert an der Arbeit für die endgültige atomwaffenfreie Welt mitgewirkt haben. In den vergangenen Jahren haben sie verteilt sie Tüten mit Sonnenblumensamen und der Aufschrift: „Blumen statt fallende Bomben – Atomwaffen frei bis 2020“.

Über ihre Erfahrungen auf d

Atomwaffen:

„Wir wollen dieses Erbe nicht!“

Jugendliche aus aller Welt begleiteten die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags und forderten die totale Abrüstung der atomaren Waffen – Aus dem Tagebuch der deutschen Jugenddelegation

New York, UN-Hauptquartier, Konferenzraum 4, 11. Mai 2005: Am Rednerpult stehen Tina, 19, aus Schwäbisch Gmünd und Nathalie, 26, aus Australien. Im Wechsel tragen die beiden eine Rede vor, die von Jugendlichen aus aller Welt geschrieben worden war. Das übliche Gemurmel verstummt. Die Diplomaten hören aufmerksam zu. Die jungen Frauen beenden ihre Rede mit dem Appell: „Wir sind bereit, um unserer gemeinsamen Zukunft willen in eine friedlichere und sicherere Welt voranzuschreiten! Sind Sie bereit uns auf diesem Weg zu begleiten?“ Da ertönt donnernder Applaus. Der deutsche Botschafter Heinsberg steht spontan auf, ruft „Ja wir werden!“ in den Saal und geht auf Tina zu, um ihr zu gratulieren.



Anspannung vor der „Jugendrede“ – langsam füllt sich der Konferenzraum

Wie kam es zu dieser Rede von Jugendlichen, die es schaffte, die Diplomaten so zu berühren?

Tina ist Schülerin aus Schwäbisch Gmünd und nahm zusammen mit weiteren Jugendlichen aus ganz Deutschland an der Aktionsreise der Friedenswerkstatt Mutlangen nach New York teil, um sich für die Abschaffung der Atomwaffen einzusetzen.

Für zivil hat die deutsche Jugenddelegation die Highlights aus ihrem Tagebuch von der Überprüfungskonferenz zusammengestellt:

28. April 2005

Frankfurt Airport: „Ihr Flug L-H-4-0-0 nach New York ist nun bereit zum Einsteigen. Wir bitten...“ Unsere zweiwöchige Exkursion auf internationales diplomatisches Parkett beginnt.

Die Reise, zu der sich über 30 Jugendliche aus allen Ecken Deutschlands aufgemacht haben, verspricht ein großes Abenteuer zu werden. Nach achtsündigem Flug und einstündiger Fahrt vom Flughafen nach Manhattan, erreichen wir erschöpft aber erwartungsvoll unser Quartier, die West Park Presbyterian Church. Reginaldo, der Pastor, und die übrige „Crew“ bereiten uns einen herzlichen Empfang. Wir wohnen direkt am Broadway, die Häuser sind

hoch, und in den Bäumen hängen Plastiktüten. Welcome to New York.

1. Mai 2005

Heute findet eine Großdemonstration statt unter dem Motto „No War! No Nukes!“ (Kein Krieg! Keine Atomwaffen!). Am Morgen bereiten wir im Central Park unsere Aktionen vor: Wir hängen dutzende bunter Transparente der Aktion „Mal Dir den Frieden“ aus ganz Deutschland auf, und bauen den „symbolischen Schutzwall für das Völkerrecht“ auf. Der Schutzwall, der von Heidelberger Schülern als Protest gegen den Irakkrieg gestartet wurde, besteht aus inzwischen über 55.000 signierten und bemalten Holzbausteinen. Teilstücke aus Japan, Indien, Deutschland, Bausteine aus aller Welt fügen wir zusammen, insgesamt etwa 200 Meter! Die Passanten zeigen sich begeistert von der Aktion und steuern ihren eigenen Stein bei und unterschreiben den Appell an die Regierungen. Der Demonstrationzug selbst ist eine unbeschreibliche Erfahrung. Es ist wirklich toll mit all den tausenden von Menschen aus USA, Japan, Frankreich, Deutschland, etc. durch die Straßen von Manhattan zu gehen, alle mit dem gleichen Ziel: Frieden.

2. Mai 2005

Vor dem Eingang der UNO stehen morgens die Touristen schon Schlange. Csilla, 21: „Ich konnte mir ein kleines bisschen Überheblichkeit nicht verkneifen, als wir unsere UNO-Pässe zückend an ihnen vorbeigingen, um den Diplomaten-Eingang zu nehmen – Hachja, jetzt bist du eine kleine Diplomatin.“

In der Generalversammlung findet die Eröffnungssitzung statt, mit Reden von Generalsekretär Kofi Annan, dem Chef der



„No War – no Nukes“ – Friedensdemo im Central Park



Fotos: Pressehütte

Die Aktionsreisegruppe aus Deutschland vor dem UNO-Gebäude

Internationalen Atomenergieorganisation, Mohammed ElBaradei, und Bundesaußenminister Fischer.

Nach der Fischer-Rede verlassen wir fluchtartig den Saal, um „Mit Fischer“, wie vereinbart, am Ausgang zu treffen. Wie ein Haufen gackernder Hühner stehen wir im Sicherheitsbereich und machen die Security nervös. Schließlich kommt Joschka an, fragt, wo wir herkämen, wir antworten, wir kämen aus Deutschland, dann großes Gelächter, und er sagt: „Wer hätte das gedacht“. Dann noch ein paar freundliche Worte ausgetauscht, Foto geschossen, und Joschka muss weiter.

3. Mai 2005

Morgens bei unserer Mahnwache sind ein paar von uns etwas verkatert von der kleinen Party bei der Aktion Völkerrecht. Der Ralph Bunche Park, in dem wir ab sofort täglich die Mahnwache halten, befindet sich direkt gegenüber des UNO-Hochhauses und deshalb kommen jeden Tag auch viele Diplomaten, Konferenzteilnehmer und UNO-Bedienstete an unseren Transparenten vorbei. Wir haben Tütchen mit Sonnenblumensamen vorbereitet, die wir den Passanten in die Hand drücken. 30.000 Sonnenblumensamen wollen wir verteilen, um für die Abschaffung der momentan 30.000 Atomwaffen einzutreten. Unterstützt wird unsere Mahnwache von buddhistischen Mönchen, die ebenfalls im Park Mahnwache halten und laut trommeln.

4. Mai 2005

Wir treffen uns mit den „Völkerrechtlern“, die auf dem Dag Hammarskjöld-Platz, schräg gegenüber der UNO, den Schutzwall

noch ein zweites Mal in seiner ganzen Pracht präsentierten. Die Spannung steigt an, Vertreter der „Mayors for Peace“, der Internationalen Bürgermeister für den Frieden, werden erwartet. Ein Mitglied unserer Gruppe steuert zielstrebig auf Herbert Schmalstieg zu und zieht ihn zur Seite, „ihren“ Bürgermeister aus Hannover. Aus der spontanen Aktion wird ein sehr langes, informatives Gespräch. OB Schmalstieg erklärt, dass die Mayors auch bei einem Scheitern der Konferenz weiterhin an ihrer Vision von der Abschaffung der Atomwaffen bis zum Jahr 2020 festhalten werden. Hierzu soll die Mitgliederzahl noch in diesem Jahr verdoppelt und Verhandlungen mit den Nicht-Atomwaffenstaaten begonnen werden, um mit deren Hilfe die Basis zur aktiven Abrüstung zu bilden.

5. Mai 2005

Gut vorbereitet und mit vielen offenen Fragen kommen wir heute zu einem Hintergrundgespräch mit einer der Regierungsdelegationen. Das Gespräch, das in der Botschaft, ungefähr 40 Stockwerke über Manhattan, stattfindet, dreht sich um die Frage der nuklearen Teilhabe in der NATO, die Vorgehensweise in der Konferenz und die verschiedenen Modelle zur Abrüstung. Am Ende des Gesprächs ergreift Tobias das Wort. Er übergibt eines unserer Sonnenblumensamentütchen, erzählt von der Vision des Bürgermeister von Hiroshima und stellt noch einmal klar, warum so viele Jugendliche aus der ganzen Welt an der Konferenz teilnehmen, warum auch wir nach New York gekommen waren: „Wir sehen UNSERE Zukunft in Gefahr, wenn es weiterhin 30.000 völkerrechtswidrige Atomwaffen gibt. Wir wol-

len nicht darauf warten, bis unsere Generation mit dem Relikt aus dem Kalten Krieg fertig werden muss. Es ist inakzeptabel, dass Ihre Generation diese Entscheidung so lange vor sich herschiebt, bis es sie nichts mehr angeht. Es muss jetzt die totale Abrüstung kommen!" Und da passiert es: Einer der Diplomaten ringt mit der Fassung. Es stehen ihm Tränen in den Augen. Ein derart emotionaler Ausbruch kommt völlig unerwartet für uns. Uns wird klar, dass es Diplomaten gibt, die das gleiche Ziel verfolgen wie wir und auch nicht wissen, wie sie es durchsetzen sollen, oder es trotz ihrer Position nicht durchsetzen können. Die Träne des Diplomaten zeigt uns, dass wir gebraucht werden. Wir müssen als Jugend dieser Welt eintreten für das Völkerrecht und gegen Atomwaffen!

6. Mai 2005

Heute ist im NGO-Raum der UNO „Youth Forum“. Verschiedene Jugendgruppen aus Frankreich, Japan, den USA, Italien, und wir natürlich auch, stellen sich einander vor.

Danach sprechen zwei „Hibakusha“, Überlebende der Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki, und erzählen, was sie damals als Kinder erlebt haben (vor sechzig Jahren!). Das bewegt uns sehr. Einer von ihnen erzählt, wie er und seine Klassenkameraden beim weißen Blitz der Bombe unter die Tische geflüchtet sind, wie seine Eltern verrückt vor Sorge waren um ihn, wie er am nächsten Morgen nach dem Flammenmeer wieder in die Stadt kam und vor dem Nichts stand, und über die Menschen, deren Haut wie „Tofu“ von ihnen herabhing.

Im Laufe des Tages erreicht uns dann die Nachricht, dass Verteidigungsminister Struck angekündigt habe, er wolle sich für den Abzug der NATO-Atomwaffen aus Deutschland und ein Ende der sogenannten „nuklearen Teilhabe“ einsetzen. Wir sind überrascht und begeistert. Dennoch hätte die deutsche Delegation in den Verhandlungen in New York eine wesentlich deutlichere Position für die nukleare Abrüstung beziehen können. In den Diskussionen während der Konferenz mussten wir aber auch feststellen, dass offensichtlich der Handlungsspielraum der deutschen Delegation hierzu nicht ausreichte. „Da spielten die Machtinteressen der Regierung eine wichtigere Rolle als ich vermutet hatte“, resümiert Raphael, 24.

Japanische Mönche im Demonstrationszug



„Visions of Peace“ vor der New Yorker Skyline

10. Mai 2005

Heute morgen verteilen wir unsere Sonnenblumensamentütchen, gekoppelt mit einem Kurzinterview, direkt vor den Konferenzräumen der UNO. Die meisten Diplomaten bleiben dann auch kurz stehen, insgesamt rund 50 Befragte. Die Mehrheit schätzt die Gefahr eines Atomkrieges so groß ein wie nie zuvor. Die 2020 Vision für eine atomwaffenfreie Welt bis 2020, die die „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) unter der Leitung der Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki entwickelt haben, hält die große Mehrheit der Befragten für unrealistisch. Auf Roosevelt Island, einer Insel im East River direkt gegenüber der UN, finden wir den perfekten Ort um Sonnenblumen auszusäen, die die Delegierten auch nach unserer Abreise an den Wunsch einer atomwaffenfreien Welt erinnern sollen.

11. Mai 2005

Mehr als drei Monate haben Jugendliche aus der ganzen Welt an einer gemeinsamen Rede gearbeitet, die sie bei der Präsentation der Nichtregierungsorganisationen (NGO) im Plenum der Konferenz vortragen wollen. Neben Jugendlichen aus Japan, den USA, Australien, Indien, und Frankreich, haben auch Yannik, Vera, Jacob, Charlotte, Felix, Raphael, und andere von uns an der eMail-Diskussion teilgenommen. Nathalie aus Australien und „unsere“ Tina tragen die Rede dann heute im Plenum vor. Ein erdballumspannendes Duo sozusagen.

Gespannt wie Flitzbögen sitzen wir da. Die erste Rede kommt, die zweite, die dritte... dann unsere! Inzwischen können wir sie fast auswendig. Ein großer Moment, oder besser: große acht Minuten! Dann, nach dem abschließenden „Are you ready to join us?“ ertönt der Applaus, der größte, den es überhaupt gab, der deutsche Botschafter schüttelt den Rednerinnen die Hand – großes Kino!

Nach soviel Aufregung kommt die Einladung des japanischen Botschafters zum Stehempfang gerade recht. Es ist sehr voll, Sushi-Häppchen werden gereicht, und der Kellner macht die Gläser immer zu voll. Ein riesiger Spaß. Trotz der positiven Reaktionen auf unsere Rede ist übrigens während unseres Aufenthaltes in New York in der Konferenz selbst außer den Eröffnungsreden nichts passiert. Gar nichts. Man kann sich nämlich nicht auf eine Tagesordnung einigen. Das ist für uns alle sehr er-



Fotos: Pressehütte

Der symbolische „Schutzwall für das Völkerrecht“ im New Yorker Central Park

nüchtern. Wenn die Delegierten bereit sind, die Hälfte der auf vier Wochen angesetzten Konferenz so zu vertun – was haben wir dann noch zu erwarten? Wohl wenig.

27. Mai 2005

Am 13. Mai sind die meisten von uns nach Hause geflogen, nur Jacob und Charlotte blieben bis zum Ende der vierwöchigen Konferenz. Heute, am Freitag den 27. 5. 05, endet die Überprüfungs-konferenz ergebnislos. Jacob, 15, ist „sehr enttäuscht vom Ausgang der Konferenz. Entscheidungen auf Konsens-Basis funktionieren eben nur, wenn sich alle Mitglieder diesem Prozess verpflichtet fühlen und nicht einzelne ihre Position ausnutzen, um alles zu blockieren.“

Am letzten Tag wollen verschiedene Aktivisten Sonnenblumen als Symbole gegen Atomwaffen an die Delegierten verteilen, aber zunächst wird dies verboten. Die Blumen werden konfisziert und im gesamten Gebäude für illegal erklärt. Nach langen Verhandlungen mit der UN-Security dürfen wir sie dann doch an die Delegierten übergeben. Ein Zettel an den Sonnenblumen erinnert die erfolglosen Diplomaten an die Abrüstungsverpflichtung im Atomwaffensperrvertrag.

Trotzdem: die Reise hat sich für alle von uns gelohnt!

Einerseits ist uns zwar klar geworden, dass wir als ein paar Dutzend SchülerInnen und Studierende auf der weltpolitischen Bühne nur wenig bewirken können, dass die Mühlen der Diplomatie quälend langsam mahlen, und dass man sich in ihren Irrgärten leicht verlaufen kann. Gleichzeitig haben wir aber von so vielen verschiedenen Menschen, von Friedensaktivisten bis hin zu Diplomaten, so viel positive Rückmeldung zu unserer Arbeit und unseren Aktionen erhalten, viel Einblick in die Arbeit der

UNO bekommen und dieses verstaubte Haus mit unserer Präsenz manches Mal auch gehörig aufgemischt. Wir haben die Sprache der Diplomaten erlebt und lernten, was Teamwork heißt, Kommunikation, Koordination und Zusammenarbeit in einer großen Gruppe, die ein gemeinsames Ziel verfolgt. Wir sind an unseren Aufgaben gewachsen. Obwohl die Konferenz zu keinem Ergebnis kam, sehen wir uns deshalb in unserer Motivation gestärkt, uns weiter für eine atomwaffenfreie Welt zu engagieren.

Denn eins ist klar, es gibt noch viel zu tun!

Texte: Tobias Bollinger, Csilla Morvai, Jeffrey Iqbal, Hannah Buchter, Nina Eisenhardt, Sabrina Apicella, Birgit Körfer, Charlotte Wohlfahrt, Philipp Kramer, Felix Grädler, Raphael Rosenhagen, Christina Amanatidis
Redaktion: Julia Kramer

Die TeilnehmerInnen der Jugenddelegation kommen gerne zu Euch, um über die Reise und weitere Pläne zu berichten.

Kontakt für weitere Infos & Aktionen:

Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.:

www.pressehuette.de, post@pressehuette.de

Aktion Völkerrecht:

www.aktion-voelkerrecht.de, info@aktion-voelkerrecht.de

2020 Vision – Mayors for Peace:

www.atomwaffenfrei.de

Enttäuscht – aber nicht entmutigt

Wie geht es weiter nach der gescheiterten Konferenz von New York?

Von Wolfgang Schlupp-Hauck

Erst nach zwei Wochen konnte die Arbeit der Diplomaten in den Komitees beginnen.

Der Streit um die Abschlusserklärung offenbarte die eindeutigen politischen Interessen. Die USA wollten auf alle Fälle verhindern, dass Beschlüsse zur Abrüstung gefasst werden, auch nicht über das Thema nuklearwaffenfreier Naher Osten und damit die Atomwaffen Israels. Ebenso wollten sie keinen Hinweis auf die im Jahr 2000 einstimmig verabschiedeten 13 praktischen Schritte zur Abrüstung.

Der 11. September musste als Begründung herhalten, dass die gemachten Zusagen nicht eingehalten werden. Hinter dem massiven Agieren der USA konnten die anderen Atomwaffenstaaten sich verstecken. Die blockfreien Staaten wollten keine Beschränkung des Rechts auf friedliche Nutzung der Kernenergie oder der Erschwerung eines Vertragsaustrittes zulassen.

Es sind harte Zeiten für Atomwaffengegner und Abrüstungsdiplomaten. Völlig ohne inhaltlichen Beschluss ist die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages zu Ende gegangen. Das zwölfseitige Abschlussdokument sagt nicht mehr aus als: „Wir haben vier Wochen getagt, Kommissionen eingerichtet, Vorsitzende bestimmt und Kosten geregelt“.

Eine gescheiterte Konferenz, eine Katastrophe angesichts der drohenden Weiterverbreitung von Atomwaffen und der steigenden Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes. Aber nicht das Schlimmste, was hätte passieren können. Durch die formelle Abschlusserklärung wurden nicht – und da liegt das positive Moment – die alten Abrüstungsverpflichtungen aufgehoben.

Das zweite positive Element ist, dass während der letzten Konferenztage in Begleitveranstaltungen Überlegungen diskutiert wurden, wie die Auseinandersetzung um die Abschaffung der Atomwaffen auf andere Weise fortgeführt werden kann.

Hiroshimas Bürgermeister Akiba erklärte, dass die „Mayors for Peace“ weiterhin an ihrer Forderung nach Verhandlungen über das Verbot von Nuklearwaffen durch eine Nuklearwaffenkonvention festhalten. Jetzt sollen Staaten gefunden werden, die durch einen „Hiroshima-Nagasaki“-Prozess in Kontakt treten, um eine neue Verhandlungsplattform zu schaffen.

Der ehemalige US-Verteidigungsminister McNamara forderte die internationale Staatengemeinschaft auf, ein Auseinanderfallen des Nichtverbreitungsvertrages nicht zu dulden und sowohl die Fälle Nordkorea und Iran vor den Sicherheitsrat zu bringen, genauso auch die Atomwaffenstaaten, die unrechtmäßig an ihren Atomwaffenarsenalen festhalten.

Kofi Annan regte an, auf dem im Herbst stattfindenden Millenniums-Gipfel die Atomwaffenfrage erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Abkommen, Gerichte, Bestimmungen

NVV: Der Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen (engl: NPT = Nuclear Non-proliferation Treaty)

Mitgliedschaft:

Der NVV ist ein internationaler Vertrag, der von allen Staaten außer Indien, Pakistan und Israel unterzeichnet wurde. Nordkorea hat seine Mitgliedschaft im Vertrag 2002 gekündigt.

Inhalt:

Der Vertrag besagt, dass die fünf offiziellen Atommächte, China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA, ihre Atomwaffen abrüsten müssen (es gibt aber hierfür keine Fristangabe), während die anderen Mitgliedsstaaten versprechen, keine Atomwaffen zu entwickeln oder zu erwerben. Sie haben jedoch die Erlaubnis, Atomenergie zu nutzen.

Vertragsverlauf:

Alle fünf Jahre gibt es eine Überprüfungskonferenz über die Umsetzung und Fortschritte des NVV, wie dieses Jahr im Mai. Die Überprüfungskonferenz wird von drei Treffen der sogenannten „Vorbereitungskomitees“ (PrepCom's) in den jeweils drei vorhergehenden Jahren vorbereitet.

Vertragstext auf Deutsch:

www.auswaertigesamt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/abruestung/nvv.pdf

Der Internationale Gerichtshof

Am 8. Juli 1996 erstattete der Internationale Gerichtshof (IGH) nach Anforderung durch die UN-Generalversammlung ein Gutachten zur Atomwaffenfrage. In seiner einstimmig gefassten Entscheidung kommt der Internationale Gerichtshof zu dem Ergebnis, dass ein Atomwaffeneinsatz gegen das humanitäre (Kriegs-)Völkerrecht verstoßen würde. Insbesondere verbietet das Völkerrecht den Einsatz von unterschiedslos, also auch auf unbeteiligte Zivilisten wirkende Waffen, sowie den Gebrauch von Waffen, die sich nicht auf militärische Zielobjekte begrenzen lassen. Der IGH kommt zu dem Schluss, „dass die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen grundsätzlich gegen diejenigen Regeln des Völkerrechts verstoßen würden, die für bewaffnete Konflikte gelten, insbesondere gegen die Prinzipien und Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts“.



Überlebende aus Hiroshima und Nagasaki führen die große Friedensdemo an

Infos

Effekte von Atomwaffen:

Atomwaffen haben nicht nur eine enorme Zerstörungskraft (eine Bombe von 12,5-14 Kilotonnen zerstörte 1945 die ganze Stadt Hiroshima und tötete sofort 90.000-120.000 Menschen). Die radioaktive Strahlung, die sie in die natürliche Atmosphäre freisetzen und die dort für Millionen von Jahren bleibt, führt zunächst zu Infektions-Epidemien und Symptomen wie Haarfall etc., später zu einem extremen Anstieg von Krebserkrankungen wie Leukämie, und anderen starken Organschädigungen, sowie zu Deformationen bei ungeborenen Kindern. Der Verlust von Ärzten und Pflegepersonal bei einem atomaren Angriff erhöht zusätzlich die zivilen Opferzahlen, die durch die Spätfolgen entstehen. Atomwaffen sind weniger auf Militäranlagen, sondern auf die zivile Bevölkerung gerichtet.

Zahlen

Die fünf offiziellen Atomkräfte USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China verfügen (nach Angaben des Internationalen Instituts für Strategische Studien, ISS) zusammen über etwa 40.000 nukleare Gefechtsköpfe. In Deutschland sind nach neueren Schätzungen 150 US-Atomwaffen stationiert. Nach Umfragen, die von der Friedensorganisation „Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg“ (IPPNW) in Auftrag gegeben wurden, sagen 93 Prozent der Deutschen, dass „Atomwaffen weder produziert noch gehortet werden sollten“. 92 Prozent sind dafür, dass die Atomkräfte diese Waffen verschrotten. Und 89 Prozent wünschen sich, dass die Bundesregierung umgehend dafür sorgt, die auf deutschem Boden gelagerten Waffen zu beseitigen.

Mach mit!!

Eine Welt ohne Atomwaffen bis zum Jahr 2020 – das ist das Ziel einer weltweiten Kampagne. In Deutschland unterstützt der Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen“ diese Forderung. Interessierte finden auf der Homepage der Kampagne Infos und Vorschläge für eigene Aktionen: www.atomwaffenfrei.de
npt_youth-subscribe@yahoo.com

5./6. August 2005:

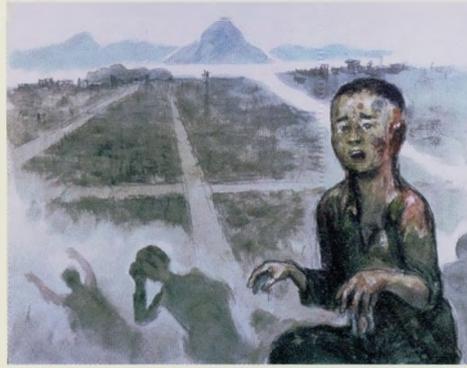
„Nacht der 100.000 Kerzen“. Aus Anlass des 60. Jahrestages der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki wird es in zahlreichen Städten und Gemeinden Veranstaltungen geben. So auch bei der Europäischen Kommandozone (EUCOM) der US-Armee in Stuttgart. Dort ist eine Nacht mit Performances geplant – und mit Kerzen, die an die Opfer erinnern.

„Bürgermeister für den Frieden“

Der Bürgermeister von München ist dabei, und das Stadtoberhaupt aus Hannover, der OB aus Stuttgart und seine Kollegin aus Frankfurt... zahlreiche deutsche Bürgermeister und Bürgermeisterinnen haben sich der internationalen Organisation „Mayors for Peace – Bürgermeister für den Frieden“ angeschlossen. Die Initiative für diesen Zusammenschluss kam vom Bürgermeister aus Hiroshima, Tadatashi Akiba. Weil es immer konkrete Städte sind, die von Atomwaffen bedroht werden, und weil der Katastrophenschutz – der im Falle eines Atomwaffeneinsatzes freilich eine Illusion bleibt – in der Hand der Bürgermeister liegt, sollten es auch die Stadtoberhäupter sein, die ihren Protest gegen die atomare Bedrohung zum Ausdruck bringen. „Die vornehmste Aufgabe eines Bürgermeisters: Das Leben und Eigentum der Bürger zu schützen“, so OB Akiba. Im Oktober 2003 startete er zusammen mit internationalen Kollegen die Kampagne „atomwaffenfrei bis 2020“. Mehr als 700 Mitgliedsstädte in 108 Ländern gibt es bis heute, 240 alleine in Deutschland. Ziel der Kampagne ist die verbindliche Vereinbarung eines Zeitplans für die Abschaffung aller Atomwaffen, der Abschluss einer Atomwaffenkonvention bis 2010 und „die atomwaffenfreie Welt“ bis 2020.

Um die Dringlichkeit der atomaren Abrüstung auch in Deutschland stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, sollen weitere Verwaltungen angesprochen und aufgefordert werden, sich der Initiative anzuschließen. Über die Internetadresse www.atomwaffenfrei.de lässt sich auf einer Deutschlandkarte ablesen, welche Kommunen bereits dabei sind und welche noch der Lobbyarbeit engagierter Bürger und Bürgerinnen bedürfen. Ein Infopaket zum Werben neuer Mitglieder steht ebenso auf der Website wie aktuelle internationale Nachrichten und „Termine für eine atomwaffenfreie Welt“.

www.atomwaffenfrei.de/inhalt/buergermeisterkampagne



Dieses Bild malte der japanische Künstler Goro Shikoku anlässlich des Augenzeugenberichts von Akihiro Takahashi aus Hiroshima, der erzählte: „Soweit das Auge blicken konnte, war kein Haus mehr stehen geblieben. Bis auf einige Gebäude war fast alles verschwunden. Ich glaubte einen Moment: Hiroshima ist verschwunden!“

Hiroshima: Ausstellung und Broschüre

Der Friedenswerkstatt Mutlangen wurde vom Friedensmuseum in Hiroshima eine Ausstellung übergeben, in der die Atombombenabwürfe und Atombombentests, sowie Gedanken zur Abrüstung thematisiert werden. Die Ausstellung wird in Schwäbisch Gmünd im Prediger vom 4. bis 21. August gezeigt. Danach kann sie ausgeliehen werden. (Beidseitig laminierte Plakate im Format A2; Verleih gegen Unkostenersatz und Spende)

Zur Ausstellung wird eine Broschüre herausgegeben, die einen Augenzeugenbericht von Akihiro Takahashi über den Atombombenabwurf auf Hiroshima enthält. Der ehemalige Direktor des Friedensmuseums war ein kleiner Junge, als die Atombombe über ein Drittel seiner Haut verbrannte. Er überlebte und hat bis heute unter den Folgen zu leiden. Außerdem enthält die 72-seitige Broschüre Beiträge der Mayors for Peace und der NTP-Youth Action zur Kampagne „atomwaffenfrei bis 2020“.

Bestellungen von Ausstellung und Broschüre: Friedenswerkstatt Mutlangen e.V., Forststraße 3, 73557 Mutlangen

Rechts am Transparent: Bürgermeister Itho aus Nagasaki, in der Mitte sein Kollege Akiba aus Hiroshima



„Jetzt mit der Vernichtung aller Atomwaffen beginnen!“

In einer sehr beeindruckenden Rede vor der UNO-Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York forderten am 11. Mai 2005 Jugendliche aus aller Welt die Vernichtung jeglicher Atomwaffen

Jugendliche hatten bei der New Yorker Überprüfungskonferenz nicht nur die Gelegenheit, die Stellungnahmen der 188 Mitgliedsstaaten zu verfolgen, sondern es wurde ihnen auch zum ersten Mal ein Rederecht eingeräumt. Bereits im Vorfeld der Konferenz haben Jugendliche aus der ganzen Welt mehr als drei Monate über E-Mail und Telefonkonferenzen an einer gemeinsamen Rede gearbeitet.

zivil dokumentierte die Rede leicht gekürzt.

„Sehr geehrter Herr Botschafter Duarte, verehrte Delegierte, meine Damen und Herren, im Namen der Jugendlichen dieser Welt möchten wir uns bei Ihnen und der Gemeinschaft der Nichtregierungsorganisationen für die Einladung bedanken, bei dieser Konferenz, die sich mit Themen beschäftigt, die grundlegend für die Zukunft unserer Welt sind, sprechen zu können.

Wir treten heute vor Sie, als Vertreter der Jugend vieler Nationen, die jene Generation vertritt, die die Konsequenzen der Entscheidungen tragen muss, die Sie diesen Monat in dieser Konferenz fällen werden. Wir sprechen heute zu Ihnen, um Ihnen zu sagen, was unbedingt geschehen muss, um eine sichere und saubere Umwelt für kommende Generationen zu sichern. Unser primäres Interesse gilt dem Schutz einer gemeinsamen Zukunft der ganzen Menschheit.

Warum? Weil wir die Zukunft sind. Wir werden das Erbe Ihrer Generation antreten. Weil Sie über Themen diskutieren, die für uns noch mehr Bedeutung haben werden als für Sie, da wir noch auf dieser Erde leben werden, wenn Sie schon gegangen sind.

Die Schülerinnen Nathalie aus Australien (links) und Tina aus Schwäbisch Gmünd kurz vor ihrem großen Auftritt



Deshalb möchten wir Ihnen, den Vertretern der Unterzeichnerländer des Nichtverbreitungsvertrages (NVV), unser Anliegen darlegen. Wir wollen, dass Sie unsere Wünsche und Forderungen für die Zukunft kennen, für unsere Zukunft, und für die Welt der Jugend von heute.

Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass sich diejenigen, die durch die Korridore der Macht gehen, nicht den moralischen Werten anschließen, die man uns in der Schule, zu Hause, in Büchern, und in den Medien vermittelt. Demokratische Werte, die uns als unantastbar gelehrt wurden, scheinen in der internationalen Gemeinschaft bedeutungslos zu sein.

„Die Mächtigen brechen das Völkerrecht“

Das Hauptorgan für die Schlichtung internationaler Konflikte und zur Sicherung des Friedens wird von den 15 Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates dominiert, von denen fünf ständige Mitglieder ein Vetorecht besitzen. Diese fünf sind außerdem die erklärten

Atommächte. Auf dieser Grundlage – solange die USA, Russland, Großbritannien, China und Frankreich das Vetorecht behalten – scheint es uns, als würden die Ziele des NVV niemals erfüllt. Wir schlagen eine Reform des Sicherheitsrates

„Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass sich diejenigen, die durch die Korridore der Macht gehen, nicht den moralischen Werten anschließen, die man uns in der Schule, zu Hause, in Büchern und in den Medien vermittelt.“

vor, sodass er die Gleichheit aller Völker widerspiegelt, sich an demokratische Prozesse hält, und sich zur Gerechtigkeit bekennt.

Langjährige Atomwaffenstaaten, wie etwa die USA, führen neue Doktrinen ein, die eine Aufrüstung des Nuklearwaffenarsenals vorsehen. Sie planen neue Atomwaffen. Zugleich denken immer mehr Länder über eine Nukleooption nach, und entgegen aller Abrüstungsvereinbarungen, die im NVV festgelegt sind, werden auf der ganzen Welt Atomwaffen entwickelt.

Unsere Fragen an Sie: Was wollen sie uns, der nächsten

Generation, überreichen? Werden Sie uns eine Welt geben, in der Abrüstung auf dem Papier existiert, während Milliarden für die Entwicklung der ultimativen Kriegstechnologie und der Mittel zum Massenmord ausgegeben werden? Werden Sie uns Nationen übergeben, die Ihre eigenen Atomwaffen entwickeln und aufstellen und allzeit bereit sind Krieg zu führen, wenn Feinde sich ähnliche Waffen beschaffen wollen?

Oder werden sie uns eine Welt geben, die unter einer gemeinsamen Verfassung vereinigt ist, die Bewaffnung einschränkt und die Möglichkeit eines Atomkriegs komplett ausschließt? Werden sie ihre Entscheidung mit gutem Gewissen gegenüber ihren Kindern und Enkeln rechtfertigen können?

Können Sie uns erklären, wie eine winzige



Fotos: Pressefoto

Minderheit in der Lage sein kann, Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention komplett zu blockieren? Und wie kann es sein, dass diese blockierende Minderheit aus Regierungen besteht, die von sich behaupten, Vorkämpfer für demokratische Grundwerte zu sein?

In der Schule haben wir gelernt, dass die Basis einer funktionierenden Gesellschaft die Einhaltung der Gesetze durch jeden Einzelnen ist. In Wirklichkeit sehen wir aber, wie die Mächtigen und Einflussreichen willkürlich das Völkerrecht brechen um ihre nationalen Interessen zu verfolgen.

Was würde beispielsweise mit einem Bürger geschehen, wenn er sich weigern würde, gültige Gesetze einzuhalten, oder wenn er sie in seinem eigenen Interesse uminterpretierte? Was würden Sie sagen, wenn die Verträge, die Sie unterzeichneten, nicht ernst genommen würden? Genau dieses Verhalten sehen wir fortwährend auf der internationalen Ebene.

Atomwaffen sind illegal

Die höchste richterliche Instanz auf internationaler Ebene, der Internationale Gerichtshof in Den Haag, bestätigte 1996, dass es eine bindende Verpflichtung gibt, Atomwaffen abzurüsten und

dass Atomwaffen illegal sind! Wie ist es möglich, dass Sie, die höchsten Repräsentanten der Weltbevölkerung, nicht die Gesetze und Regeln befolgen, die Sie selbst während der letzten 50 Jahre gemacht haben, in der Absicht, Ordnung und Gerechtigkeit in der Weltpolitik einkehren zu lassen?

Wenn es Ihnen nicht gelingen sollte, konkrete Schritte in Richtung einer atomwaffenfreien Welt zu unternehmen, wie werden Sie uns dann die Frage beantworten, warum Sie uns diese entsetzliche Bedrohung aufbürden? Es liegt in Ihrer Hand, die Entscheidung zu fällen. Wie können Sie noch in den Spiegel schauen, wenn Sie nicht handeln?

Wir, die Jugend dieser Welt, sind bereit, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Wir wollen eine Zukunft, in der starke Nationen durch gegenseitigen Respekt und das Völkerrecht verbunden sind. Das Völkerrecht verlangt eine Welt, die frei ist von Nuklearwaffen! Wenn Sie uns eine solche Welt nicht schaffen, werden wir vielleicht nie die Chance haben, diese selbst zu errichten.

Das ist der Grund, weshalb wir hier und heute an Sie die Forderung richten, die bösartigste von Menschen gemachte Bedrohung der Zukunft der Welt nicht länger zu tolerieren. Sie müssen uns jetzt retten, bevor es zu spät ist. Sie müssen jetzt mit der Vernichtung aller Atomwaffen beginnen. Tun Sie es für uns, für Ihre Kinder, und für alle nachfolgenden Generationen, als einen grundlegenden Schritt zu einer sichereren und friedlicheren Zukunft.

Wir fordern Sie auf, sich wieder und immer wieder an die Präambel der Charta der Vereinten Nationen zu erinnern, die alle Mitglieder der UNO unterzeichnet haben! Die wichtigste Ihrer Aufgaben, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten ist dort festgehalten: „zukünftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren.“ Aber das ist nicht möglich, wenn Sie uns eine Welt voller Atomwaffen vererben.

Im Namen aller Kinder und Jugendlichen dieser unserer einen Welt, verlangen wir die sofortige, uneingeschränkte und komplette Abschaffung aller Atomwaffen zum Wohle der Menschheit und unserer gemeinsamen Zukunft.

Wir sind bereit, um unserer gemeinsamen Zukunft willen in eine friedlichere und sicherere Welt voranzuschreiten!

Sind Sie bereit uns auf diesem Weg zu begleiten?“

Ein Mitschnitt der Rede ist übers Internet zu hören:
www.un.org/events/npt2005

Stimmen gegen Atomwaffen

„In unserer Zeit müssen wir also darüber im Klaren sein, dass, wenn keine öffentliche Meinung der Völker für die Abschaffung der Atomwaffen vorhanden ist, diese nicht durchgeführt werden kann.“

Albert Schweitzer, 1963

„Ich weiß nicht, mit welchen Waffen im Dritten Weltkrieg gekämpft wird, aber wohl, welche im Vierten zur Anwendung kommen: Keulen und Steine.“

Albert Einstein

„Ein potenzieller Gegner müsste bestrebt sein, die hiesigen Atombomben präventiv auszuschalten. Das heißt, die Menschen hier befinden sich durch die deponierten B61-11-Atombomben in einer permanenten Geiselschaft. Das ist so unerträglich, dass niemand daran denken möchte. Das erinnert an das Verhalten kleiner Kinder, die beim Versteckspielen die Augen in der Hoffnung schließen, dadurch unentdeckt zu bleiben. Das nennen wir in der Psychoanalyse Verdrängung. Diese Verdrängung ist verständlich, aber sie ist unwürdig, feige und obendrein lebensgefährlich.“

Horst-Eberhard Richter, Psychoanalytiker

„Wenn die Welt ihren Kurs nicht ändert, riskieren wir die Selbsterstörung. ... Wir brauchen dringend einen Fahrplan für die Abrüstung von Atomwaffen – und anfangen sollten wir mit einer deutlichen Reduzierung der 30.000 Atomsprengköpfe, die es nach wie vor gibt. ... Wir dürfen nicht länger dem Irrglauben anhängen, dass das Streben nach Atomwaffen bei einigen Ländern moralisch verwerflich ist, während wir bei anderen moralisch akzeptieren, dass sie für ihre Sicherheit Atomwaffen brauchen.“

Mohammed ElBaradei, Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO)

Der Traum von der saubereren Atombombe

In den USA sollen „Mini-Nukes“ entwickelt werden, die den „Atomkrieg-light“ möglich machen

Von Otfried Nassauer

Die Abgeordneten im US-Kongress wunderten sich, als sie im März 2003 den Entwurf für das Verteidigungshaushaltsgesetz 2004 auf den Tisch bekamen. Dort fand sich ein unscheinbarer Passus, in dem die Aufhebung des „Spratt-Furse Amendments“, eines rechtlich bindenden Gesetzeszusatzes aus dem Jahr 1994, verlangt wurde. Dieser Zusatz verbot konkrete Forschungs- und Entwicklungsarbeiten an „Mini-Nukes“ – Atomwaffen mit einer Sprengkraft von weniger als 5 Kilotonnen. Er war als Hürde gedacht gegen die Entwicklung und Einführung von Atomwaffen kleiner (weniger als 5 Kilotonnen) und kleinster (weniger als 1 Kilotonne) Sprengkraft, verbot aber weder Grundlagenforschung noch Konzeptstudien.

Das Haushaltsgesetz, das Ende 2003 verabschiedet wurde, ermöglicht nun die Arbeit an „Mini-Nukes“. Der Spratt-Furse-Gesetzeszusatz wurde durch einen deutlich weicher formulierten Passus ersetzt. Das war ein bedeutender Sieg für einen kleinen Kreis konservativer Republikaner und Nuklearwaffenlobbyisten, die seit vielen Jahren beklagten, Washington betreibe nukleare Selbstbeschränkung. Es habe nicht die geeigneten Nuklearwaffen, um den militärischen Anforderungen der Zukunft gerecht und mit den Gegnern der Zukunft fertig zu werden. Die Nuklearwaffeninfrastruktur – von den Atomwaffenlaboren über die Fertigungsstätten bis hin zu den Testanlagen – veralte. Der wissenschaftliche Nachwuchs werde vernachlässigt. All das gelte es schnellstens zu ändern.

Zerstörte Atombomber in Russland: Werden die amerikanischen „Mini-Nukes“-Pläne ein neues atomares Wettrüsten zwischen den Supermächten einleiten?



Foto: OKAPIA

Nun hofft diese Lobby, ihre schon gegen Ende des Kalten Krieges entwickelten Konzepte und Ideen in die Tat umzusetzen. Zwar hat ihnen der Kongress für den Haushalt 2005 einen Strich durch die Rechnung gemacht und die Mittel gestrichen. 2006 aber soll ein neuer Anlauf unternommen werden. Der Einsatz von Nuklearwaffen, so ihre Vorstellung, muss glaubwürdig angedroht werden können, damit mit der Drohung eine echte Abschreckungs- und Erpressungswirkung verbunden ist. Die Waffen müssen also glaubwürdig in der Lage sein, die vorgesehenen gegnerischen Ziele zerstören zu können. Sie dürfen keinen zu großen ungewollten Kollateralschaden, also ungewollte Nebenwirkungen wie z.B. atomaren Fallout, hervorrufen, wenn sie in der Nähe bewohnter Gebiete eingesetzt werden. Daraus würde eine zu große Selbstabschreckung resultieren. Es sei Zeit für ein zweites Nuklearzeitalter mit einer anderen Form der Abschreckung.

„Mini-Nukes“ als Atomwaffen mit geringer Sprengkraft sollen das ermöglichen. Entwickelt werden sollen Waffen mit einem Bruchteil der Sprengkraft der vorhandenen, vor allem Waffen mit weniger als einer Kilotonne Explosionskraft. Sie sollen den Einsatz atomarer Waffen dort ermöglichen, wo der von großen Atomwaffen nicht zu rechtfertigen ist. Die Abschreckung werde umso glaubwürdiger, je einsetzbarer die eigenen Waffen sind. Ein nuklearer Bunkerknacker mit kleinster Sprengkraft könne gegen verbunkerte Ziele sogar in städtischen Gebieten zum Einsatz kommen, wenn der atomare Fallout weit genug reduziert werden kann – so argumentieren die Befürworter. Mancher hofft sogar, dass am Rand des Einschlagskraters einer solchen Waffe in Zukunft keine Radioaktivität mehr nachweisbar sei. „Mini-Nukes“ mit erhöhter Strahlungswirkung, ähnlich der Neutronenbombe, oder mit besonders großer Hitzeentwicklung seien mögliche Mittel zur rückstandslosen Bekämpfung chemischer und biologischer Waffen. Der Traum von der „saubereren Atombombe“. Doch das glaubt nicht einmal der Leiter des US-Atomwaffenprogramms, Linton Brooks.

Amerikanische Wissenschaftler haben in mehreren Studien ausführlich begründet, warum sie Zweifel haben, dass mit den neuen Nuklearwaffen erreicht werden kann, was vorgeblich erreicht werden soll. Sie fürchten vor allem, dass mit diesen Waffen die Grenze zwischen konventionellen und atomaren Waffen verwischt wird. Das könnte den Einsatz atomarer Waffen wahrscheinlicher machen. Zudem machen sie darauf aufmerksam, dass ein wichtiges Motiv für die Entwicklung neuer Waffen darin liegen könne, neue Gründe für die Wiederaufnahme von Nuklearwaffentests zu schaffen. Sie glauben, dass die meisten Ziele, gegen die „Mini-Nukes“ eingesetzt werden sollen, auch und meist besser mit konventionellen Waffen zerstört werden können.

Mit einer Sorge aber dürften die Kritiker wohl Recht behalten: Sie befürchten, dass Washingtons Drang nach neuen atomaren Waffen auch in Russland und in anderen Atomwaffenstaaten den Ruf nach neuen Waffen lauter werden lässt. **Z**

Otfried Nassauer ist freier Journalist und leitet das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit, BITS

Nicht zum letzten Mal in Petroșani

Eine Werkwoche in Rumänien, die dem Bau eines Spielplatzes mit Straßenkindern diente, erlebte unser Autor als „Highlight“ seiner Zivi-Zeit

Von ZDL Jonas Janssen

Der ungarische Grenzer schaut Pornos, entsprechend gering ist sein Interesse an uns. Der rumänische Zöllner ist so begeistert davon, dass Sabine und Evelyn Rumänisch sprechen, dass er nicht mal die 20 Euro Standard-Bakschisch haben will. Die Straßen werden schmaler, die Tiefe der Schlaglöcher wird gefährlicher. Willkommen in Rumänien. Unsere kleine Reisegruppe ist auf dem Weg nach Petroșani, einer ehemaligen Hochburg des Bergbaus in den Karpaten. Es sind noch ein paar Stunden hin bis Sonnenaufgang.

„Werkwoche Rumänien 2005 – Spielplatzbau mit Straßenkindern, plus kleine Rundreise durch Transsilvanien“ – das ist es in groben Zügen, was uns in den 14 Tagen zwischen Ende März und Anfang April erwarten sollte. Weg vom Alltag der Dienststelle, etwas ganz Neues sehen, etwas Neues lernen.

Auf die Reise gingen: Sechs Zivis aus ganz Deutschland, der Trierer Architekt Marcel Hürtgen samt Sohn Lukas und die beiden Studentinnen Sabine und Evelyn. Beide Frauen waren schon zuvor als Freiwillige für je ein Jahr in Rumänien gewesen. Sie hatten die Werkwoche organisiert, ohne sie wäre nichts gelaufen.

Den Sonnenaufgang habe ich verschlafen. Mit müden Augen sammle ich die ersten Eindrücke dieses einst hinter dem Eisernen Vorhang unter der brutalen Knute Ceaușescus isolierten Landes: Dacias, die wie unser Fiat einen Weg über die Piste suchen, große Felder und angeschwollene Flüsse, kleine, einstöckige Walmdachhäuser, riesige Industriebrachen, alte Kirchen. Alles Impressionen durch das Autofenster.

In Petroșani – gelegen auf 600 Metern über dem Meer – leben rund 50 000 Menschen. Im Tal des Jiu, in dem die Stadt liegt, war einst das Bergbauherz Rumäniens. 23 Zechen förderten Steinkohle, heute sind gerade noch drei in Betrieb. Unvorstellbare 70 Prozent der Einwohner sind nach inoffiziellen Schätzungen arbeitslos. Petroșani, von schneebedeckten Zweitausendern umgeben, wird von Rumänen aus anderen Städten „das Ghetto“ genannt.

Es nieselt, als wir am Caritashaus ankommen. Der Anblick von verrottenden Fördertürmen und windschiefen Bretterbuden entlang der Bahntrasse ist bedrückend. Dagegen fühlen wir uns bei der Caritas als bezögen wir ein Hotel mit Vollpension.



Noch ist es eine Baustelle – zwei Wochen später ist der Spielplatz für Straßenkinder fertig

Gegen Abend besichtigen wir unser Projekt: Die Caritas unterhält ein Übernachtungshaus für Straßenkinder. Neben einem Anbau, den eine österreichische Firma im Sommer errichten soll, wollen wir im Garten einen Spielplatz bauen.

Die Gastfreundschaft der Angestellten und Freiwilligen ist überwältigend. Wir werden gemästet wie bei Oma. Abends, bei Gesellschaftsspielen und Bier, kommen wir ins Gespräch.

Übernachtungshaus für Straßenkinder

Mittwoch, 30. März, die Arbeit geht los. Das bestellte Holz ist noch nicht da, aber das macht nichts, denn es gibt Schutt, den wir zuerst wegschaffen müssen. Die Straßenkinder helfen kräftig mit. Bodo, Nica, Anna-Maria und Alexandru haben einen festen Platz im Übernachtungshaus. Es bietet momentan acht Kindern Platz zum Schlafen. Die Kinder erhalten ein Frühstück bevor sie in die Schule gehen – sofern sie das tun.

Ob in einer Stadt wie Petroșani nicht mehr Bedarf besteht, wollen wir wissen. Nora Dubyke, die Chef der Petroșanier Caritas, gibt gerne Auskunft: Laut rumänischem Gesetz sind Straßenkinder das gleiche wie Vollwaisen. Sie

müssen dementsprechend ins Heim. Wer aber wie Nica vor einem sadistischen Vater, der dem Sohn Zigaretten im Gesicht ausdrückte, davongelaufen ist, ist laut Gesetz kein Straßenkind. Er hat ja Familie.

Der Kampf mit der unberechenbaren und korrupten Bürokratie ist es auch, der die Leute der Caritas am meisten belastet und aufreißt. Ihre Arbeit gegen Armut und Gewalt erscheint manchmal als Kampf gegen Windmühlen. Umso bewundernswerter ist sie. Es ist eine lehrreiche Erfahrung für die deutschen Zivis, dass man sich auf den Staat hier, im Gegensatz zur Heimat, nicht verlassen kann: Die Polizei rufen, wenn dir Unrecht geschieht – wozu? Ob sie kommt weiß man nicht und wenn, muss man bloß schmieren.

Die Fußbälle, die wir mitgebracht haben, erweisen sich als der Renner: Stunden verbringen wir zwischen Plattenbauten beim Kicken.

Donnerstag 31. März: Das Bauholz ist da! Zwar unvollständig, aber bei Sonnenschein und aufheulender Kettensäge sind alle in bester Arbeitslaune. Alles geht schnell von der Hand. Die Schaukel wird vormontiert, Fundamente gegraben und das Tor wird seines Gewichtes wegen diebstahlsicher.



Hochstimmung in der Grundschule in Blaj – die Kinder freuen sich über den ausländischen Besuch

Es sind die krassen Gegensätze, die alles in Rumänien durchziehen: Das schmutzige Petroșani – umgeben vom phantastischen Karpatenpanorama. Supermärkte, mit dem gleichen Sortiment wie in Deutschland – und die Kinder, die draußen warten und versuchen, dir den Geldbeutel zu klauen. Es könnten dieselben sein, mit denen wir mittags Fußball gespielt haben. Auf der einen Seite sind da Leute wie Nora, die für 115 Euro im Monat schuftet – und auf den anderen Leute wie der Vater einer Caritas-Freiwilligen, der an der Schwarzmeerküste mit „Hotels“ ein Vermögen gemacht hat. Weil er gerade in der Stadt ist und mitbekommen hat, dass Deutsche da sind, zahlt er am Abend des ersten April allen ein großes Essen in einem Berg-

gasthof. Der Abend ist für die Kinder, die Leute der Caritas und uns ein tolles Fest. Was bleibt, ist der fade Beigeschmack schmutzigen Geldes.

Tags darauf schließen wir die Arbeiten ab: Zufrieden betrachten wir Wippe, Schaukel, Grillstelle und einen Marterpfahl. Alles wird bunt bemalt.

Besuch bei drei Familien

Steifzüge durch die Stadt: Dank der Sprachkenntnisse Sabines erstehe ich Wein in einer alten Pepsi-Flasche, sie selbst kauft Steingut und Brennnesseln – Shopping auf rumänischen Bauernmärkten. Das Schönste ist, dass die Kinder bei allem dabei sind. Egal ob im Berggasthaus oder samstags im Fußballstadion. Zweitligist Petroșani gewinnt gegen Arad. Wer sich nicht für Fußball erwärmen kann, ist in der Stadt unterwegs; es gibt viele Kirchen die besichtigt werden wollen.

Am Mittag des zweiten April machen wir uns auf, um drei Familien zu besuchen, die von Freiwilligen der Caritas betreut werden.

Die Aprodus leben zu viert in einem Zimmer im Plattenbaus. Der neunzehnjährige Marian teilt es sich mit seinen drei jüngeren Geschwistern, die er versorgen muss. Die Einrichtung besteht aus drei Betten, dem Fernseher und einem Gaskocher. Der Schock und das

Gefühl, als Elends-Tourist hereinzuschneien, Kaffee und Schokolade zu verschenken und wieder zu verschwinden, ist schmerzhaft und verstärkt sich noch beim zweiten Besuch.

Die neunköpfige Familie Liteanu wohnt im Zigeuner-Viertel. „Ghetto im Ghetto“ wie es in Petroșani sarkastisch heißt. Die Vorurteile gegenüber dieser Minderheit sind immens. Die Familie lebt in einem Haus mit zwei Zimmern ohne Strom. Das Dach ist undicht, alles ist von kaputten Holzöfen verrußt. Vater Lumitur und Mutter Terezia sind beide krank. Es bleibt unklar, an was sie leiden, er müsste aber dringend stationär behandelt werden. Die kleineren Kinder beäugen uns sehr neugierig. Bei der Abfahrt beschimpfen uns Halbwüchsige aus der Nachbarschaft. Es ist gut, dass wir vor dem Besuch der Familie Marza einen Abstecher auf ein totes Minengelände machen und in ein leeres Dynamitlager kraxeln. Es braucht Zeit, um das Gesehene zu verarbeiten.

Bei den Marzas stinkt es. Das Haus ist zwar abbruchreif, aber dank ausländischer Spenden haben die neun Familienmitglieder in einem der beiden Zimmer inzwischen einen



Notdürftig lebt Familie Mazra mit neun Personen in diesem Haus

Herd und eine Waschmaschine. In einem langen Gespräch mit der Freiwilligen Laura Sulu, die neben den Marzas noch 84 weitere Familien betreut, lerne ich, was es heißt, kleine Fortschritte zu honorieren. Die Marzas haben ihren Garten so weit vom Müll befreit, dass sie etwas anpflanzen könnten, und die Hühner laufen nicht mehr über die Stockbetten.

Mit Nora machen wir später einen Abstecher ins Krankenhaus. Wir nehmen den Hintereingang um die Wachen zu umgehen. Sozialarbeiter und Ausländer mit Kameras sind hier nicht gern gesehen. Der Geruch von Desinfektionsmittel und abgestandener Luft ist unangenehm. „Hier kommt man mit mehr Krankheiten raus als man rein geht“, sagt Nora. Wir machen Bilder von einer Notfallsta-



Schockierende Armut – Familie Liteanu lebt in einem Haus ohne Strom



Die Stadt Petroșani war einst das Zentrum des rumänischen Bergbaus – heute wird die Arbeitslosigkeit auf 70 Prozent geschätzt

tion für Babys, die eine österreichische Initiative sanieren will.

Am Tag vor unserer Abreise fahren wir ins Skigebiet. Schneeballschlacht und Rodeln, das Panorama genießen auf 2500 Metern. Unter uns, ganz klein, Petroșani. Unser Aufenthalt endet mit einem großen Grillfest für alle am Spielplatz.

Die Woche ist im Nu verflogen und trotzdem haben wir sehr viel erlebt. Den Kindern, die uns ins Herz geschlossen haben, fällt der Abschied besonders schwer. Auch wir werden sie alle vermissen. Das Versprechen, nicht zum letzten Mal in Petroșani gewesen zu sein, meinen wir ernst.

Ein schönes Gefühl der Verwirrung

Die folgende Woche als Road-Trip ist atemlos aber schön. In Blaj treffen wir Gymnasiastinnen und besuchen eine Grundschule. Die Begeisterung der Kinder für die Fremden ist unbeschreiblich, wir werden wie Popstars behandelt. Das Ende unserer Reise markiert die Großstadt Brașov. Hier fühlt man sich fast ganz wie in der EU. Die Einkaufsmeile ist mit jeder westlichen austauschbar, man hört viel Englisch bei den Sehenswürdigkeiten, an den Ausfallstraßen vermittelt der Praktiker-Markt zwiespältige Heimatgefühle. Leider ist es unser letzter Tag, es bleibt keine Zeit, die Wölfe und Bären in den Bergen zu suchen.

Auf dem Rückweg treffen wir die Leute von der Caritas Petroșani in Deva zum Mittagessen.

sen. Leider können sie uns nicht überreden, noch zu bleiben. Der Dienst ruft.

In der Nacht, am Grenzposten, bekommen wir doch noch unser Beispiel für Korruption. Für eine angeblich fehlende Vignette, die es nicht gibt, sollen wir 180 Euro Strafe bezahlen. Man einigt sich auf 50 Euro, die in die Tasche des Grenzlers wandern.

Die Rückfahrt durch Ungarn und Österreich bei Nacht ist wie durch einen einsamen Tunnel. Erst ab der deutschen Grenze regt sich auf den hinteren Bänken wieder Leben. In Regensburg verlasse ich die Gruppe und steige um in den Zug. Der Abschied ist herzlich, in diesen zwei Wochen sind echte Freundschaften entstanden.

Es bleibt ein schönes Gefühl der Verwirrung. So viele Eindrücke in so kurzer Zeit, so viele Kontraste, so viel, worüber man nachdenken muss. Rumänien 2005 – eine besondere Erfahrung, die man nicht missen möchte – das Highlight der Zivi-Zeit.

Wehrpflicht in Rumänien

„Einfach scheiße“, sagt Csabi, als er nach seiner Armeezeit gefragt wird. So wie viele rumänische Männer redet auch er ungerne über seinen „Dienst an der Waffe“.

In Rumänien, das 2007 in die EU kommen soll, besteht Wehrpflicht. Jeder Erwachsene Mann muss theoretisch ein Jahr zum Militär. Ersatzdienst gibt es nicht, Verweigerung wird mit Gefängnis geahndet. Einzig ein Hochschulstudium kann den Zwangsdienst auf sechs Monate halbieren. Ausgenommen sind nur chronisch Kranke und Behinderte.

Die Ausbilder und Offiziere stammen alle noch aus der Vor-Revolutionszeit und sind dem Ungeist der Ceaușescuschen Diktatur verhaftet. „Ungebildet“ und „sadistisch“ sind Attribute mit denen sie beschrieben werden. Sich beim Vorgesetzten zu beschweren sei „undenkbar“. Als Beispiel für Schikanierungen wird von achtstündigem Wacheschieben ohne Pause berichtet. Auch körperliche Gewalt gegen Rekruten sei an der Tagesordnung.

Allerdings ist es auch nicht ausgeschlossen, dass man ganz um den Dienst herumkommt: „Mit Geld und guten Beziehungen, kann man das schon vermeiden“, sagt Csabi – gut geschmiert geht in Rumänien eben einig, was eigentlich nicht geht.

Das zivile Rätsel 2005 – Drei

Von Michael Wilke

Mitmachen und Mitdenken – meistens um die Ecke, manchmal auch geradeaus – so kommt Ihr zur Lösung. Das Lösungswort ergibt sich aus den markierten Feldern!
Viel Spaß wünscht Euch der Micha.

WAAGERECHT

- 1 NRW-Zentrale
- 11 Von Bäumen beidseitig begrenzte Strecke
- 12 Mittags, lila oder für Zigaretten unterbricht sie uns regelmäßig
- 13 Wenn Du jetzt schon nicht mehr weiter kommst, gib' auf und tu' dies
- 16 In ihrem Innersten ist Anette so
- 17 Was Bier für uns Deutsche ist dies für Briten
- 18 Diese 11 Waagerecht gilt als 1 Waagerechts Prachtmeile
- 20 Sie ist es Wert, bevor sie hier eingetragen wird
- 22 Klosterschwestern
- 24 Nachhaus telefonieren war sein größter Wunsch
- 25 Gruß
- 26 Nicht Big in Japan, aber in London
- 28 Nord und Ost von ihm liegen in Österreich, Italien hat im Norden den Süden
- 31 störrisches Tier
- 33 Zahlungsmittel in Entenhausen
- 35 Nein in Spanien, Italien, Frankreich und England
- 36 Fernsprechapparate
- 39 Tennessee

- 40 Passage
- 44 Den gewann immer der Igel
- 45 Diese beiden bilden seit je her Anfang und Ende
- 47 Na, wie war das noch gleich mit diesem Natrium?
- 49 Von beiden Seiten eine französische Straße
- 50 Pflanze mit gefächerten, gefiederten Blättern
- 52 Zwölfter Buchstabe des griech. Alphabets
- 53 Rhythm 'n' Blues oder neudeutsch: black music
- 54 Verschlafene Pasta

SENKRECHT

- 1 Schlafstätten, die schon Gänse warm hielten
- 2 Laubbaum
- 3 Hiervor stauen sich fast täglich viele Hamburger...
- 4 Ein Unglück heißt es, kommt so alleine
- 5 Lautsprachlich [si:]
- 6 Ein Kilo Wasser
- 7 Heiteres, musikalisches Bühnenwerk
- 8 4 Senkrecht
- 9 Ist selbstverstelltsich rund um die Uhr pünktlich
- 10 Dafür gibt's jetzt die Quittung
- 14 Es ist nun einmal gerade
- 15 Mit fon zum sprechen, mit vision zum sehen
- 19 Zu 17 Waagerecht passende Zwiebel
- 21 Big in London, wie schon bei 26 Waagerecht
- 23 Gegenstücke zum Haken

- 27 Zusammenrottung begeisterter Anhänger
- 29 Iridium, Interregio und Investor Relations verbergen sich dahinter
- 30 Gehe in das Gefängnis, aber nicht diesen Umweg hierüber
- 32 Man kann es tragen, damit putzen, oder 90 Minuten lang schießen
- 33 Zur Hochzeit treten sie oft mehrstöckig auf
- 34 Komponierte u. a. die 7 Senkrecht „Die lustige Witwe“
- 37 Zukünftige Zeitform
- 38 In Ingolstadt absolut in
- 41 Kurzform eines Ratgeber-Verlags
- 42 Pippis Herr Nielson ist einer
- 43 Nähfaden
- 46 Um 1 Uhr schlägt 21 Senkrecht nur dies
- 48 An dem
- 51 Bei und in der Nähe von

1	2	3	4	5		6		7	8	9		10
11				4		13		12				10
13		3				14		15				2
16			6			17				18	19	
		20		21								
22	23						24	11		25		8
26						27		28	29			30
31			32		33		34				35	
36	7			37						38		
39			40					41	42		43	
12			44					1			45	46
47	48		49						50	51	5	
MW 2005	52				53		9		54			55

Tragen Sie das Lösungswort auf dem Abschnitt Seite 33 ein und schicken Sie es auf eine Postkarte geklebt an uns:

Redaktion zivil
Rosenbergstraße 45
70176 Stuttgart

oder per E-Mail: raetsel@zivil.de
Achtung: bitte den Absender nicht vergessen!
Einsendeschluss ist der 15. Juni 2005.

Unter den richtigen Rätsel-Einsendungen verlosen wir (unter Ausschluss des Rechtsweges) wieder folgende Gewinne:

1. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 50 €
2. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 25 €
3. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 15 €
- 4.-10. Preis: je ein zivil-Freiabo für ein Jahr

Das gesuchte Lösungswort des Preisrätsels 2/05 war: OBERNDORF

Die drei Büchergutscheine haben gewonnen: Pierre Tassell aus Regensburg, Janis Theermann aus Bielefeld und Paul Pawlitza aus Aachen.

Wir gratulieren und sagen Danke fürs Mitmachen! Alle Gewinner werden von uns schriftlich benachrichtigt.

Songs für den Frieden

Von Jörg Benzing

An Selbstbewusstsein kann es dem jungen Mann nicht gemangelt haben, der Mitte der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts äußerte, er und seine Freunde seien beliebter als Jesus Christus. Es hatte einige Zeit gedauert, bis sich die Welt an ihr Auftreten gewöhnt hatte, aber dann zeigte sich sogar die Königin des britischen Empire beeindruckt von ihrem Erfolg und zeichnete jeden mit einem Orden aus. Wohin sie auch kamen, wurden sie und ihre Lieder stürmisch gefeiert. Das handzahme Aussehen tauschten sie im Lauf der Jahre ein gegen lange Haare und wilde Bärte.

Nach acht Jahren im Business trennte sich die Gruppe. Die Bindungskraft an die Band mag ihm mit der Zeit abhanden gekommen sein und auch die Geduld, sich von den Produzenten Vorschriften machen zu lassen – seine Kreativität und sein Sendungsbewusstsein waren ihm geblieben. Als Solokünstler schrieb und sang er Lieder von einer Welt, in der die Menschen ausgeglichen miteinander leben. Er war überzeugt, würden genug Leute für den Frieden eintreten, würde alles besser werden.

Das „Songwriting“ verglich er mit einer Dämonenaustreibung. Im Halbschlaf, wenn das kritische Bewusstsein ausgeschaltet sei, stellten sich die Ideen ein. Schlafen dürfe er dann erst, wenn die Sache erledigt sei. Seine Songs wurden gecoverd von Bob Dylan, Joe Cocker und vie-

len anderen. Eines seiner Lieder habe mitgeholfen, den Vietnamkrieg zu beenden, sagte ein langjähriger Weggefährte.

Das Multitalent malte aber auch, trat als Verfasser und Illustrator von short stories hervor, spielte in einigen Filmen mit und drehte Kurzfilme mit seiner zweiten Frau aus Fernost. In ihr, einer Sängerin und Künstlerin, hatte er eine Muse gefunden, die seine Aktionen unterstützte. So warben sie beispielsweise in einigen Städten im Hotelbett sitzend vor versammelter Presse für den Weltfrieden. Darüber hinaus erwies sie sich als geschäftstüchtige Managerin seiner Finanzen.

Nach seinem frühen, gewaltsamen Tod verstand sie sich als Sachwalterin seines musikalischen Schaffens und brachte selbst 20 Jahre später noch Aufnahmen heraus mit Archivmaterial und Tonbandaufnahmen von ihm aus der New Yorker Wohnung. Dass er ihren Vornamen offiziell als seinen zweiten Vornamen hatte eintragen lassen, mag ein Hinweis darauf sein, wie sehr er sich ihr anverwandt fühlte. In einem Song zählt er auf, an wen und an was er alles nicht glaubt – die Bibel, Tarot, Hitler, Jesus, Kennedy, Buddha, Elvis –, um zu dem Schluss zu kommen, er glaube nur an sich und seine Frau.

Mehrfach hat sein Mörder um vorzeitige Entlassung nachgesucht, bislang vergeblich. Einmal soll er gesagt haben, wenn sein Opfer noch leben würde, hätte er in ihm bestimmt auch einen Fürsprecher für seine Freilassung. Wer war's?



„DAMALS“-Abo zu gewinnen!

Unter den richtigen Einsendungen zu „Wer war's?“ verlosen wir wieder ein Halbjahres-Abo der Zeitschrift „DAMALS – das aktuelle Magazin für Geschichte und Kultur“. Wir danken der Konradin Medien GmbH für die freundliche Unterstützung. www.damals.de



Die gesuchte Person aus Heft 2/05 war der Pfarrer und Liederdichter Paul Gerhardt (1607 - 1676)

Das „DAMALS“-Abo hat Martin Neukam aus Wiefelstede gewonnen.

Das Lösungswort vom Kreuzworträtsel:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Wer war's? Der gesuchte Name:

Ich bin Zivi: nein ja, bis _____

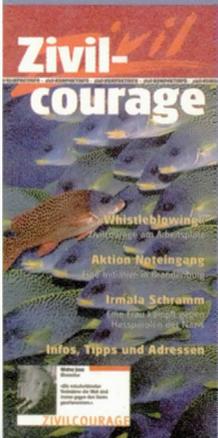
Betr. zivil: Anregungen, Kritik, Lob... Sagen Sie uns die Meinung!



zivil-Kompaktinfo

„Der zensierte Frieden“

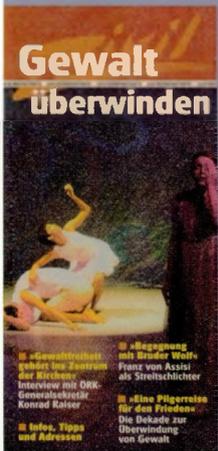
Nicht nur pazifistische Literatur und deren Autoren unterlagen jahrhundertlang der Verfolgung und Zensur, auch gewaltkritische Lieder, Kunstwerke, Filme, Kabarettprogramme, ja sogar Witze wurden von totalitären Machthabern unterdrückt und die Urheber diskriminiert und bestraft. An unterdrückte Friedenszeugnisse und ihre AutorInnen, an ihre vielfach aktuell geliebten Gedanken, Ängste und Leidenschaften erinnert das 24-seitige zivil-Kompaktinfo „Der zensierte Frieden“.



zivil-Kompaktinfo

„Zivilcourage“

Zivilcourage – der Begriff ist en vogue, aber wird er auch richtig verstanden? Das 16-seitige zivil-Kompaktinfo füllt den Begriff mit Inhalt. Es werden Beispiele gelungener Aktionen vorgestellt, die vom couragierten Schutz jüdischer Menschen während der Naziherrschaft bis zum Engagement so genannter „Whistleblower“ an ihrem Arbeitsplatz reichen.



zivil-Kompaktinfo

„Gewalt überwinden“

Für die Jahre 2001 bis 2010 hat der Ökumenische Rat der Kirchen weltweit die „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ ausgerufen. Auf 16 Seiten macht die Broschüre die Zielrichtung dieser christlichen Basisbewegung deutlich, erinnert an historische Wurzeln und benennt praktische Beispiele.

Kompaktinfos gegen 1,00 € pro Heft vorab in Briefmarken: Redaktion zivil, Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart

Die Hefte eignen sich sehr gut zur Weitergabe in Gruppen und Gemeinden. Wir bieten Staffelpreise für Klassensätze und Gruppen – fragen Sie uns: Telefon 0711/636 82 14, Fax 0711/636 90 09, E-Mail: redaktion.zivil@t-online.de

„Du sollst dich nicht am Töten beteiligen“



Format: 48 x 68 cm
 Einzelpreis: 3,00 €
 zuzüglich Versand:
 – in der Rolle: 6,00 €
 – A4 gefaltet: 1,44 €

Versand nur gegen Vorauskassa in Briefmarken bei: Redaktion zivil, Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart



zivil-extra

„NEIN zum Krieg!“

Von den Ursprüngen der Kirche bis hinein in unsere Zeit reichen die zahlreichen Beispiele christlich motivierter Kriegsdienstverweigerung, die in dieser reich bebilderten Broschüre zusammengetragen wurden. Das vierfarbige Heft mit 64 Seiten kostet 3,00 €. Versand nur gegen Vorauskassa in Briefmarken! 3,00 € pro Heft plus 0,85 € für Rückporto



Das zivil-Buch

„Die Kunst des Friedens“

26 Kunstwerke aus unserer Rubrik zivil-Galerie werden in diesem einzigartigen Buch vorgestellt und besprochen. Dazu wichtige und informative Hintergründe zum Kunstobjekt und zum Künstler: Pablo Picasso („Der Frieden“), Otto Dix („Der Krieg“), Josep Beuys („Der Friedenshase“)... 126 farbige Seiten, statt bisher 14,90 € jetzt nur noch 10,00 € zuzüglich Versand

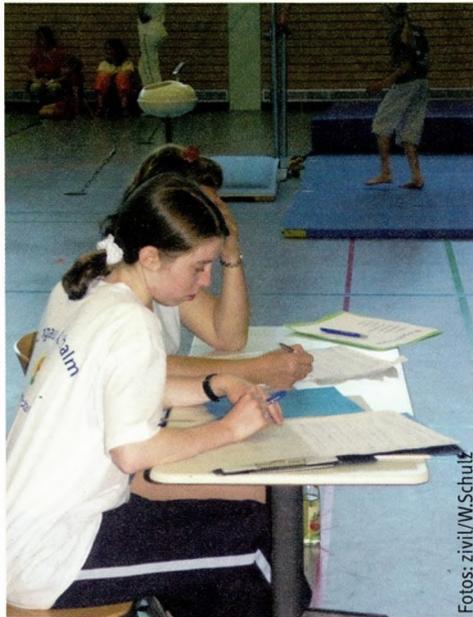
Bestelladresse: Redaktion zivil, Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart
 Tel.: 0711/636 82 14, Fax: 0711/636 90 09,
 E-Mail: redaktion.zivil@t-online.de, www.zivil.de

Bewerbung:

Ehrenamt bringt Punkte

Von Ulrich Hottelet

Bewerbungsjoker Ehrenamt: Nach einhelliger Meinung der Unternehmen heben sich ehrenamtlich engagierte Stellensuchende positiv von der grauen Masse der Bewerber ab. „Ein solches Engagement macht einfach neugierig auf den Bewerber“, sagt Bertelsmann-Pressesprecher Oliver Fahlbusch.



Fotos: zivil/W.Schulz

Durch ehrenamtliches Engagement – wie hier in der Sportförderung – demonstrieren Job-Bewerber eine Haltung, für die es garantiert keine Punktabzüge gibt.

„Wir setzen auf einen Typus Mensch, der schnell Verantwortung übernimmt. Wenn jemand schon bewiesen hat, dass er eine Führungsfunktion ausüben kann, indem er Schulsprecher war, als Student einen Kongress organisiert hat oder eine verschlafene Jugendorganisation einer Partei wiederbelebt hat, dann spricht das klar für seine Sozialkompetenz.“ Reines Karteileichtentum durch bloße Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden wird also nicht honoriert. Zur gleichen Beurteilung kommt man bei der BASF: Hochschulabsolventen müssten nicht nur in fachlicher Hinsicht, sondern auch in sozialen Belangen hervorragend „kompetent“ sein. Schlüsselqualifikationen dafür, wie etwa Team- und Kommunikationsfähigkeiten, könnten sie durch ehrenamtliche Aktivitäten entwickeln.

Daher fördert der Ludwigshafener Chemiekonzern ein solches Engagement seiner Mitar-

beiter, sei es in Politik, Kirche oder anderen Organisationen.

Lernziel: Soziale Kompetenz

In vielen Gruppengesellschaften hat BASF sogar Programme aufgelegt, um diese Beschäftigten von der Arbeit freizustellen. So waren 2003 über 500 Mitarbeiter „im Sinne der geltenden Mandatsträgerregelung“ ehrenamtlich engagiert, davon 250 in der Politik. Was ja den nicht unerwünschten Nebeneffekt für das Unternehmen hat, dass es in den Gemeinderäten der Region stark repräsentiert ist. Die Förderung beginnt bei den jüngsten Mitarbeitern: 2004 haben 50 Auszubildende unter dem Motto „Lernen in fremden Lebenswelten“ eine Woche lang in sozialen Einrichtungen der Region mitgearbeitet – darunter eine Behindertenwerkstatt, eine Kindertagesstätte und die Bahnhofskommission. Ziel des freiwilligen Kurzpraktikums: die viel beschworene soziale Kompetenz zu stärken. Last but not least: Im Ferienbetreuungsprogramm „Kids on tour“ zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf arbeitete die BASF im vergangenen Jahr mit der Ehrenamtsbörse VehRA zusammen und gewann sogar einen Preis in einem bundesweiten Wettbewerb für soziale Projekte.

Ganz so förderwürdig ist BMW zwar nicht, aber Engagement abseits von Studium und Beruf wird auch dort gerne gesehen. „Ein Jugendgruppenleiter hat möglicherweise das Potenzial zum Führungsnachwuchs“, prognostiziert Pressesprecherin Martina Hatzel. Soziale Fähigkeiten – Stichwort Teamarbeit – werden im Übrigen nicht nur von den Betriebswirten, sondern auch von den Ingenieuren gefordert. Fachliche Schwächen, so sind sich die Unternehmen einig, können durch anderweitige Aktivitäten allerdings nicht ausgeglichen werden und ein dadurch längeres Studium wird nur in begründeten Fällen akzeptiert.

Brücken in die Arbeitswelt

Bei arbeitslosen Bewerbern wiederum wirkt es ausgespro-

chen positiv, wenn sie die Zeit zur fachlichen und persönlichen Weiterqualifikation nutzen.

Offenbar oft mit Erfolg; heißt es doch im Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Bundestags zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“: „Erfahrungen in Ost und West zeigen, dass bürgerschaftliches Engagement sehr wohl Brücken in die Arbeitswelt bauen und einen Beitrag zur sozialen Integration Arbeitsloser leisten kann.“

Bei so viel Unterstützung für das Ehrenamt seitens der Wirtschaft will offenbar auch die Politik ihr Scherflein dazu beitragen. Der Gesetzgeber hat die Regelung des Unfallversicherungsschutzes in einigen Bereichen zu Jahresanfang verbessert. Das betrifft beispielsweise die Aufsicht über ein Zeltlager der Pfadfinder, Ministranten, Rettungshelfer, Hilfskonvois ins Ausland und das Sammeln für wohltätige Einrichtungen. Daneben können ab diesem Jahr gemeinnützige Organisationen für gewählte „Ehrenamtler“ freiwillig Unfallversicherungsschutz beantragen.

Das ist beispielsweise für die vielen Vorstände in Sportvereinen landauf landab interessant und kommt den Vereinen mit 2,50 Euro im Jahr pro Versichertem recht billig. Insgesamt profitieren nach Schätzung des Sozialministeriums 2,5 Millionen Menschen von der Neuregelung.





Die Chance für Realschüler

- Assistent für Elektronik und Datentechnik
- Assistent für Technische Informatik
- Assistent für Wirtschaftsinformatik
- Physikalisch-Technischer Assistent

ptl wedel
PHYSIKALISCH-TECHNISCHE LEHRANSTALT

Feldstraße 143
22880 Wedel
Tel.: 04103 / 80 48-0
www.ptl.de

Infos : Anzeigen:
Tel. 0 40 / 48 75 76
RODMANN + PARTNER
HAMBURG




QUALIFIZIERTE AUS- UND FORTBILDUNG IM RETTUNGSWESEN
www.blindow-schulen.de

Rettungsassistentin
Vollzeit – Hauptschulabschluss – 18 Jahre optional (inkl.): Führerschein Klasse C1 (Rettungsfahrzeuge)

Ergänzungslehrgänge
für Rettungssanitäter • Feuerwehr • Bundeswehr • Grenzschutz • Polizei • Krankenpflege

Rettungssanitäterin
Vollzeit – Hauptschulabschluss – 18 Jahre

Lehrrettungsassistentin
30-stündige Fortbildung • Weitere Fachlehrgänge

Beginn: Frühjahr + Herbst

FACHAKADEMIE GESUNDHEITSWESEN
Tel. 05 11 / 6 00 76-66 • Hannover

Westfalen-Schulen Dortmund
Tel. 02 31 / 55 72 07-16 / 20 • Fax 55 72 07-50

Westfalen-Akademie Minden
Tel. 05 71 / 84 00 83 • Fax 05 71 / 84 00 25

Vogtland-Akademie Plauen
Tel. 0 37 41 / 7 04 10 • Fax 0 37 41 / 70 41 20



DIPLOMA HOCHSCHULEN
diploma.de

Präsenz- oder Fernstudium (FH)
Dipl.-Betriebswirt/in
Dipl.-Wirtschaftsjurist/in
Dipl.-Physiotherapeut/in
Dipl.-Ergotherapeut/in

Orstarif:
01801/ 500 555
Ergotherapeut/in
Physiotherapeut/in
Biolog.-techn. Assistent/in
Pharm.-techn. Assistent/in
und weitere Berufe blindow.de

BERND-BLINDOW-SCHULEN



HOTELFACHSCHULE
www.blindow-schulen.de

TECHNIKERSCHULE
www.blindow-schulen.de

www.blindow-schulen.de
AUS- & FORTBILDUNG
freecall 08 00-2 54 63 69

HESSEN-AKADEMIE

Staatl. anerk. Gesundheitsberufe haben Zukunft!
Aufnahme: Abitur, Realschule oder Hauptschule mit 2-j. Berufsausbildung

- **Ergotherapeut/in** WFOT (weltweit) anerkannt
- **Physiotherapeut/in** (auch Nachqualifizierung für Masseure)
- **Fitness-/Kraft-/Wellness-Trainer/in** (ärztlich geprüft, WFF-Lizenz möglich)
- **Fußpfleger/in** auf med. Basis 3 Mon. samstags (Fußreflexzonenmass. a. Anfr.)

Mögliche Förderung: Bafög, Arbeitsamt, schuleigene Finanzierung

Frankenstr. 42 • 34131 Kassel-Marbachshöhe
Tel. 05 61 / 9 32 42 93 • www.b-a-kassel.de



Schulen Dr. W. Blindow • 06108 Halle

Vom Kaufmann oder Verwaltungsangestellten zum/zur

- **staatl. geprüften Betriebswirt/in**
- Finanzwirtschaft • Touristik

Vom Koch, Restaurant-, Hotelfachmann zum/zur

- **staatl. geprüften Hotelbetriebswirt/in**

Beginn: August • Wohnheime, Förderung möglich

August-Bebel-Str. 24-27 • Tel. 03 45 / 6 88 77-0 • Fax -22
E-Mail: blindow.halle@t-online.de • www.blindow-schulen.de

Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Polnisch u.a.

Perelingua - Sprachreisen
Varziner Straße 5
12159 Berlin
Tel. 030-851 80 01
www.perelingua.de

Intensivkurse, Einzelunterricht,
Sprachtraining für den Beruf



Web-Kompass

Altersvorsorge:

www.familienfursorge.de
www.guenstigversichert.com

Tests zur Selbsteinschätzung:

www.hogrefe.de/bip-online
http://jobtest.unicum.de
www.allianz.de/start/perspektiven_tests
www.explorix.de
www.hvbprofil.de
www.geva-institut.de/privatkunden

Ausbildung:

www.blindow-schulen.de
www.blindow.de
www.ptl.de www.moefa.de
www.steuerfachschule.de

Weiterbildung/Fernstudium:

www.zfh.de
www.sozialkompetenz.de
www.fernstudium-mba.de
www.fsz-friedberg.de
www.ils.de
www.sgd.de
www.blindow.de
www.fernakademie.de
www.euro-fh.de
www.forum-distance-learning.de
www.akad.de www.uni-100.de

Bücher/Handy:

www.allebuecher.de
www.handymegaguenstig.de

Reisen/Sprachreisen:

www.lernidee.de
www.flugbazar.de
www.rucksack-reisen.de
www.perelingua.de
www.paracentrumtexel.de

Stellenmarkt:

www.berufsstart.de
www.ihre-neue-zukunft.de
www.djia.de
www.jobs.de
Evangelischer Entwicklungsdienst:
www.eed.de
www.entwicklungsdienst.de
www.jugendfuereuropa.de

Bundesanstalt für Arbeit:

www.arbeitsagentur.de
www.netzeit.de
www.jungekarriere.de
www.stepstone.de
www.praktika.de

Kirche/Diakonie:

www.ekd.de
www.gep.de
www.die-kirche.de
www.militärseelsorge.de/js
www.zivil.de
www.7-wochen-ohne.de
www.anderezeiten.de
www.kirchentag.de

EINE

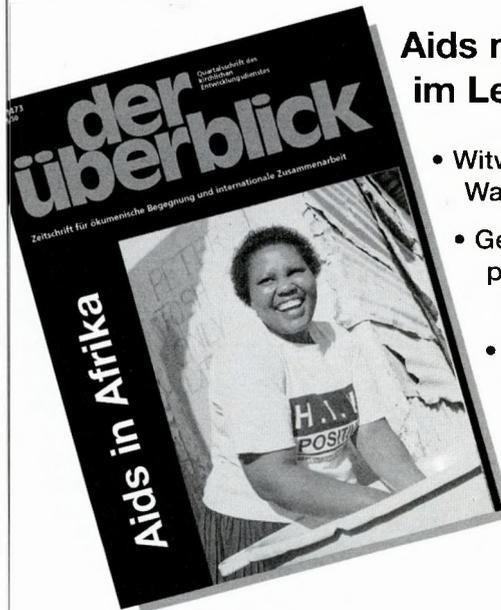
Man kann es drehen und wenden wie man will:
Es gibt nur eine Welt. »EineWelt« berichtet über ihre Probleme und analysiert Hintergründe.
 »EineWelt« zeigt aber auch die hoffnungsvollen Seiten unserer Welt: Menschen, für die ihr Glaube bedeutet, sich für eine bessere Welt zu engagieren.



»EineWelt« erscheint sechs Mal im Jahr mit mindestens 44 Seiten – für nur 15 Euro im Jahr. Bestellen Sie ein kostenloses Probeheft:

EineWelt-Leserservice
 Normannenweg 17-21
 20537 Hamburg
 Tel. (040) 254 56-143
 Fax. (040) 254 56-443
 demh@emw-d.de

...auf soviel „überblick“ sollten Sie nicht verzichten...



Aids mitten im Leben

- Witwen und Waisen
- Gesundheitspersonal in der Zwickmühle
- Vertrauen und Kontrolle

€ 5,50 plus Versandkosten

zu bestellen:
 Tel.: (040) 34 14 44
 Fax: (040) 35 38 00
 Mail: ueberblick@t-online.de
 www.der-ueberblick.de

der überblick

Herausgegeben vom Evangelischen Entwicklungsdienst und von Brot für die Welt

Ein Jahresabonnement = 4 Hefte kostet € 19,00 (für Studierende € 16,00) zuzügl. Versandkosten

Dammstr. 21 a · 20354 Hamburg

Westfalen-Akademie Dortmund

Fortbildung zum/r staatl. gepr.
Kfz-Techniker/in
 Beginn: April und Oktober
 Aufn.: Facharbeiter und 1 Jahr Berufspraxis oder 5 Jahre Berufspraxis
 Weiterbildung als
Kfz-Sachverständige/r
 Audatex, DAT
 Aufn.: Kfz-Ing., Kfz-Techniker, Kfz-Meister
 Beginn: Jan./März/Mai/Juli/Sept./Dez.
 Körnebachstr. 52, 44143 Dortmund
 Tel. 0231/5572070 • info@wa-dortmund.de

Elite-Ausbildung zum
„DIGITAL ARTIST“
 Jetzt bewerben!
 Info: www.filmschool.de



Heute lernen – morgen verdienen!

Wählen Sie aus über 100 aktuellen Kursen Ihr persönliches Bildungsziel!
Sofort anklicken, denn Weiterbildung hat einen Namen:

www.sgd.de

Web-Kompass

Rubrik (Kostenlos): _____

Anzeigentext (bitte in Blockschrift):

- 10 mm/1 sp. 15,00 15 mm/1 sp. 22,50 20 mm/1 sp. 30,00
 25 mm/1 sp. 37,50 30 mm/1 sp. 45,00 35 mm/1 sp. 52,50

Preise für eine Veröffentlichung, zzgl. 16% MwSt.

- Rabatte: Kombi: JS + Zivil: 17 Anzeigen schalten, aber nur 14 bezahlen!
 JS 12 Anzeigen schalten, aber nur 10 bezahlen!
 ZIVIL 5 Anzeigen schalten, aber nur 4 bezahlen!

Adresse _____ Bankverbindung _____
 Firma: _____ Kontonummer: _____
 Name: _____ Bankleitzahl: _____
 Straße/Nr.: _____ Geldinstitut: _____
 PLZ/Ort: _____ Ort: _____
 Telefon: _____ Datum/Unterschrift: _____
 Fax: _____
 E-Mail: _____

- Zahlung
 per Bankeinzug
 per Rechnung

Web-Anzeigen Kontakt + Info:
 Rodmann + Partner, Mediaberatung
 Woldsenweg 14, 20249 Hamburg,
 Tel: 040-48 75 76, Fax. 040-480 44 12,
 E-Mail: jrodmann@aol.com

Gewalt überwinden!

„Gewaltfreiheit braucht viel mehr Mut als Gewalt. Sie ignoriert die Angst nicht, sie gibt sich nicht der Illusion der Sicherheit hin und ignoriert den Tod nicht. Die Menschheit wird lernen müssen, dass sie zu investieren hat in Gewaltüberwindung, mindestens genauso viel wie in ihre Kriegsmaschinerie. Wir werden nicht immer ohne Angst leben, aber mit Gottes Engel an unserer Seite der Gewalt ins Gesicht schauen und gemeinsame Wege suchen, sie zu überwinden.“

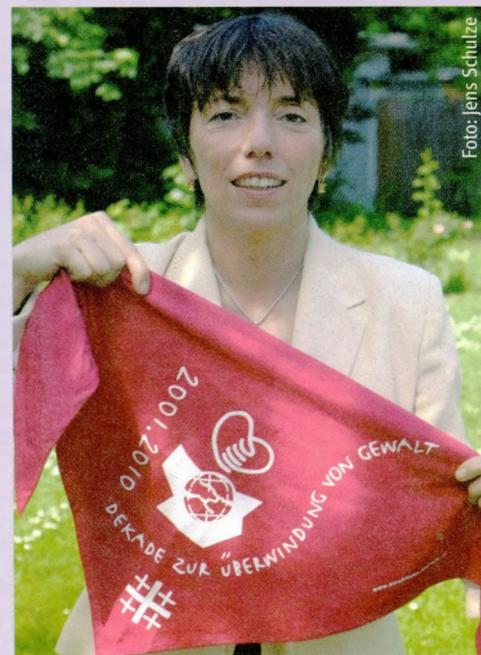


Foto: Jens Schulze

Landesbischöfin Margot Käßmann, Hannover, beim Liturgischen Halbzeitfest der Dekade „Gewalt überwinden“ (2001 bis 2010), während des Evangelischen Kirchentages im Mai 2005. Weitere Infos zur Dekade „Gewalt überwinden“: www.gewaltueberwinden.org

Nir Hod

Verlorene Jugend



Nir Hod, „Verlorene Jugend“, 2004–2005, Druck auf Leinwand, 267 x 400 cm, Collection of the Artist

„Verlorene Jugend“ nennt der Israelische Künstler Nir Hod sein Bild. Es ist in der Ausstellung: „Die Neuen Hebräer – 100 Jahre Kunst in Israel“ vom 20. Mai bis 5. September 2005 im Martin-Gropius-Bau in Berlin zu sehen. Das Bild ist ein herausragendes Beispiel für die Gegenwartskunst in Israel, die sich mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt auseinandersetzt. Mit der Allgegenwärtigkeit von Gewalt und Gegengewalt, Terror und Gegenterror: Das Bild zeigt ein offizielles Staatsbegräbnis für einen jungen gefallenen Soldaten nach einem tödlichen Anschlag. Links sehen wir zwei Soldaten salutieren, ein militärisches Ritual der Ehrbezeugung gegenüber dem Gefallenen. Die Gesichter sieht man nicht. Der militärische Gruß verdeckt ihre individuellen Züge. Sie sind „gesichtslos“: Repräsentanten der militärischen Institution (In Israel gibt es eine Wehrpflicht für unverheiratete Männer und Frauen. Junge Männer werden für 36 Monate, Frauen für 21 Monate herangezogen.).

Wir sehen junge Soldatinnen, die schluchzen und weinen. Sie verstecken ihre verweinten Augen hinter schwarzen Brillen, verdecken ihre Gesichter in Gesten der Trauer. Sie trösten sich gegenseitig, zeigen solidarische Nähe und Zuwendung.

Der Titel des Bildes „Verlorene Jugend“ meint nicht nur den gefallenen Menschen, der um sein junges Leben gebracht wurde. Eine ganze Generation, die Krieg, Gewalt, Terror erlebt, wird um die Unbeschwertheit der Jugend gebracht. Sie wird durch ihre Beteiligung an der Gewalt traumatisiert. Die Erfahrungen der tötenden Gewalt macht aus ihr eine „verlorenen Jugend“. Viele junge Israelis leiden an gewaltbedingten, posttraumatischen Stresssymptomen (PTSD). Bei den PTSD-erkrankten Soldaten kann es zu akuten Ausbrüchen von Angst, Panik oder Aggression, bis hin zur körperlichen Gewalt gegen Familienmitglieder kommen. Die Angstzustände treten umso häufiger auf, je mehr Schießereien die Soldaten erlebt haben. In der Praxis werden israeli-

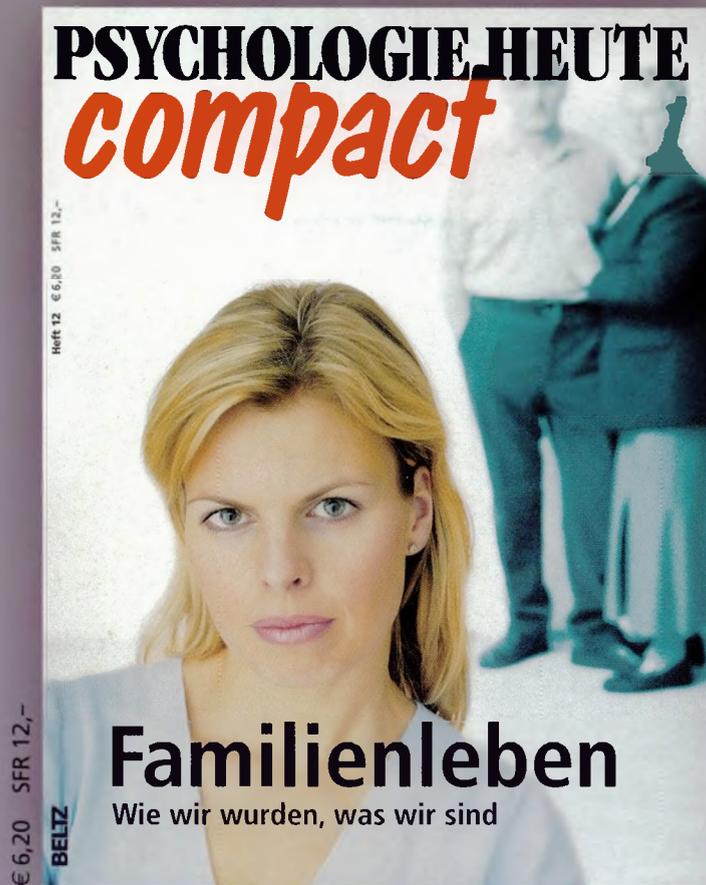
sche Soldaten, die unter psychischen Kriegsfolgen leiden, mit einem ungewöhnlichen Mittel behandelt: Cannabis soll helfen die schweren posttraumatischen Stress-Syndrome abzubauen.

Das Weinen um den gefallenen Freund ist auch ein Weinen um den Verlust der eigenen psychischen Gesundheit. Das Bild ist wie in einem kitschigen Poesiealbum von Blumen umrahmt. Rosen, Chrysanthemen, Lilien ragen in das Bild hinein. Ein süßlicher, unechter Zug legt sich um die Gefühle von Trauer und Verzweiflung: Die politische Ideologie verklärt die Sinnlosigkeit des Todes junger Menschen. Sie verdrängt und verschleiert die psychisch destruktiven Folgen für die Zukunft junger Israelis. Sie sterben und werden psychisch deformiert auf Grund der Unfähigkeit, mit politischen Mitteln einen gerechten Frieden zwischen Israelis und Palästinensern zu entwickeln.

Ein Katalog zur Ausstellung ist erschienen in der Nicolaischen Verlagsbuchhandlung, Berlin.

Harald Wagner

Die Vergangenheit erklärt die Gegenwart!



Warum bin ich so, wie ich bin? Spielt es eine Rolle, dass ich als Einzelkind aufgewachsen bin? Wie beeinflussen die frühen Erfahrungen meine heutigen Beziehungen? *Psychologie Heute compact* untersucht die Sonnen- und Schattenseiten des „Familienlebens“. Denn: Keine Erfahrung wird vergessen.

Sie können dieses Heft ab 15. Juni auch direkt bei uns beziehen:
Psychologie Heute, Postfach 10 05 65, 69445 Weinheim, Telefon 062 01/7 03-2 10
Fax 062 01/7 03-2 01, E-Mail: medienservice@beltz.de

oder www.psychologie-heute.de

Ab 15. Juni im Handel